

Ich bin den jungen Menschen sehr dankbar, dass sie sich diesen Beruf für sich vorstellen können. Ich bin sehr dankbar dafür.

Ich sage auf der anderen Seite: Wir haben leider nur knapp 30.000 Ausbildungsverträge bei allen Handwerksunternehmen, also bei Schreibern, Maurern, Klempnern, Heizungsmonteuren. Wir haben alleine 15.000, 16.000 in der Pflege. Das macht deutlich, wie stark die Pflege vertreten ist und dass die Pflege mittlerweile eine attraktive Sache ist. Deswegen stellen wir das Geld für die Pflegeausbildung, das das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Pflegefonds aufbringen muss, gerne zur Verfügung.

Wir wollen weitermachen bei der Pflegeassistenzausbildung. Wir müssen auch weitermachen und solide absichern, damit in allen Gesundheitsberufen nicht akademischer Art in Nordrhein-Westfalen stabil gilt: Es gibt in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft kein Schulgeld.

(Beifall von der CDU)

Natürlich gehört auch die Inklusionspolitik dazu. Im nächsten Jahr werden wir eine große Kampagne zusammen mit der Wirtschaft machen, um mehr behinderte Menschen in den Arbeitsmarkt zu bekommen. Dass da die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch ist wie bei anderen, ist eine Schande. Deswegen muss dieses Thema mit aller Energie angegangen werden. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Minister. Diesmal haben Sie es zwei Sekunden länger geschafft und 33 Sekunden überzogen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber auch hier gilt der Hinweis mindestens an zwei Fraktionen – der eine hat es schon erkannt –: Das gleicht sich wieder aus. Ich sehe auch keine weiteren Wortmeldungen. Somit sind wir am Ende der Aussprache zu Teil b) Gesundheit.

Wir kommen zu den Abstimmungen betreffend den Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6811, den Einzelplan 11 unverändert anzunehmen. Darüber würden wir abstimmen lassen, wenn es nicht diverse Änderungsanträge gäbe, über die wir natürlich als Erstes abstimmen.

Wir stimmen ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/6961. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/6961 angenommen.**

Wir stimmen weiterhin ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/6962. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/6962** mit dem von mir festgestellten Abstimmungsergebnis so **angenommen.**

Wir stimmen weiterhin ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/6963. Wer stimmt diesem zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der AfD. Somit ist auch dieser **Antrag Drucksache 18/6963** mit dem von mir festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen.**

Wir stimmen weiterhin ab über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/7084. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/7084 abgelehnt.**

Wir stimmen weiterhin ab über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/7085. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch der **Änderungsantrag Drucksache 18/7085 abgelehnt.**

Wir stimmen weiterhin über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/7122 ab. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag Drucksache 18/7122 abgelehnt.**

Wir kommen nunmehr zu der Abstimmung über den Einzelplan 11 in der soeben geänderten Fassung und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Einzelplan 11 in der soeben geänderten Fassung in zweiter Lesung angenommen.**

Ich rufe auf:

**Einzelplan 07
Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration**

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6807 und auf die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge.

Wir kommen zu:

a) Familie, Kinder und Jugend

In Verbindung mit:

Zweites Änderungsgesetz zum Kinderbildungsgesetz

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6817
erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Dr. Maelzer von der SPD das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mehr als 22.000 Menschen haben vor wenigen Wochen vor dem Landtag demonstriert, weil der sozialen Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen der Kollaps droht. Träger von Kitas und OGS stehen vor der Insolvenz. Personalmangel, Überbelastung und Krankheitswellen führen inzwischen zu mehr Kita-Schließungen als in den Hochphasen der Coronapandemie. Weil den Beschäftigten die Puste ausgeht, stehen Kinder und Eltern immer wieder vor verschlossenen Einrichtungen.

Damit sind diese Kinder aber immer noch besser dran als 100.000 andere, für die Kita-Plätze gänzlich fehlen. Oftmals sind es Kinder aus ohnehin benachteiligten Familien, die keine Chance erhalten, an frühkindlicher Bildung teilzuhaben. Jedes fünfte Kind in Nordrhein-Westfalen gilt als armutsgefährdet. Das sind die Herausforderungen, vor denen unser Land steht.

(Beifall von der SPD)

Ministerpräsident Wüst hat am Wochenende erklärt, er sei ein großer Fan der Schuldenbremse, weil sie die Kinder vor der Übergriffigkeit der heutigen Generation schütze. Es gelte, Prioritäten zu setzen.

Wenn man sich die Zustandsbeschreibung in Nordrhein-Westfalen ansieht, zeigt sich: Es klappt mit dem Schutz der Kinder unter Schwarz-Grün nicht wirklich – nicht mit dem Schutz vor Armut, nicht vor fehlenden Kita-Plätzen, nicht vor dem Mangel an Erzieherinnen und Lehrern oder vor der ungleichen Verteilung von Bildungschancen.

(Beifall von der SPD)

Aber ich will den Ball gerne aufnehmen und über Prioritäten sprechen. Als wir als SPD in diesem Jahr mehrfach die Kinderarmut im Landtag zum Thema gemacht haben, haben Sie alle Vorschläge zur Unterstützung von armen Familien abgelehnt. Dafür gebe es das Programm „kinderstark“. Im Übrigen solle die Bundesregierung mehr Geld in die Kindersicherungsinvestitionen investieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen – in diesem Fall insbesondere der Grünen –, Ihr Fingerzeig nach Berlin und Ihre Forderung nach mehr Geld wären glaubwürdiger, wenn Sie nicht gleichzeitig hier in Nordrhein-Westfalen den Arm heben würden, um die Mittel im Kampf gegen Kinderarmut zu kürzen.

(Beifall von der SPD und Marcel Hafke [FDP])

Aber werfen Sie einmal einen Blick in die Titelgruppe 70 Ihres Haushalts. Dort wo „kinderstark“ finanziert wird, finden sich nicht etwa mehr, sondern weniger Mittel. Die Begründung lautet: Es gibt weniger in Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel und zur Absicherung von Prioritäten an anderer Stelle im Einzelplan 07.

Schauen wir in Titelgruppe 64. Dort geht es um den Schutz von Mädchen vor Zwangsheirat und die Unterbringung von Kindern, die vor häuslicher und sexueller Gewalt fliehen müssen. Auch hier kürzen Sie. Warum? – Weniger zur Absicherung von Prioritäten an anderer Stelle im Einzelplan 07.

Blicken wir in die Titelgruppe 80: Ausbildungsoffensive Kindertagesbetreuung. Auch hier kürzen Sie – zur Absicherung von Prioritäten an anderer Stelle im Einzelplan 07.

Frau Ministerin Paul, arme Kinder haben bei Ihnen keine Priorität. Mädchen, die von Zwangsheirat bedroht sind, haben bei Ihnen keine Priorität. Der Kampf gegen den Fachkräftemangel, damit Kinder nicht vor verschlossenen Kita-Türen stehen, hat bei Ihnen keine Priorität.

Das sind nicht meine Worte. Das ist keine böswillige Unterstellung der Opposition. Das sind Ihre Worte. Das ist Ihre Begründung, die Sie schwarz auf weiß in Ihren Haushalt hineingeschrieben haben.

(Beifall von der SPD)

Ja, Prioritäten sind so wichtig. Interessant ist, wofür dann doch Geld vorhanden sein soll. Es werden knapp 200.000 Euro für ein Familienfest eingestellt – für ein Familienfest, das 2024 überhaupt nicht stattfindet; es sind reine Planungskosten. Aber liebe Josefine Paul, die Menschen erwarten von einer Ministerin nicht, dass sie sich als Nordrhein-Westfalens oberste Partyplanerin betätigt. Die Menschen erwarten, dass Sie die drängendsten Probleme für die Kinder, Familien und Beschäftigten in diesem Land angehen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Doch das, was Sie vorgelegt haben, ist ein Kürzungshaushalt zulasten von Kindern, Familien und Beschäftigten.

Kriegt Nordrhein-Westfalen unter der Führung von Wüst und Paul zumindest das Problem mangelnder Kita- und Kindertagespflegeplätze in den Griff? Das Gegenteil ist der Fall. Von einer Trendwende ist in Nordrhein-Westfalen weit und breit nichts zu sehen. Über Jahre hieß es, in NRW fehlten 100.000 Plätze. Gestern erhielten wir von der Bertelsmann Stiftung den neuesten Befund: Unter Schwarz-Grün ist die Lücke um mehr als 10.000 Plätze gewachsen.

Die meisten Plätze fehlen übrigens für unter Dreijährige. Legt man die Ausbaudynamik Ihres Haushalts zugrunde, dann werden wir die Lücke auch in den nächsten 15 Jahren noch nicht geschlossen haben. Wenn man in der DDR einen Trabbi bestellt hat, dann war die Wartezeit kürzer. Frau Ministerin Paul, das zum Thema „Prioritäten“.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Rechnerisch verlieren wir drei Generationen an Kindern. Damit dürfen wir uns nicht abfinden, wenn wir es mit der Chancengleichheit ernst meinen. Ich hoffe, das gilt auch für die Grünen.

Der Kampf gegen Kinderarmut hat bei Ihnen also keine Priorität. Der Kampf um Fachkräfte hat bei Ihnen keine Priorität. Chancengleichheit hat keine Priorität. Der Ausbau von Kita-Plätzen hat keine Priorität.

Eine Chance haben Sie jetzt noch: Wird es zumindest den Kinder besser gehen, die das Glück haben, jetzt eine Kita besuchen zu dürfen? Gleich werden Herr Kamieth und Frau Woestmann ans Redepult treten und von Steigerungen im Haushalt schwärmen. Sie rühmen sich dann Dingen, die eben nicht auf Prioritätensetzungen beruhen, sondern auf gesetzlichen Erfordernissen.

Ich sage es an dieser Stelle erneut: Es ist keine Leistung, wenn sich eine nordrhein-westfälische Landesregierung wie bei der KiBiz-Dynamisierung an Recht und Gesetz hält.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Letztlich schrumpfen all Ihre Bemühungen auf eine Einmalzahlung von 100 Millionen Euro zusammen. Ist das zumindest frisches Geld, weil Sie hier als Schwarz-Grün eine Priorität gesetzt haben? Nein, es ist genauso eine Nebelkerze wie Ihre Änderung bei Haushaltsvermerken, die Sie gleich beschließen wollen. Der Finanzminister hat kein frisches Geld aufgetrieben; die 100 Millionen Euro sollen aus Selbstbewirtschaftungsmitteln des Ministeriums stammen. Diese Mittel können dann nicht an anderer Stelle für Familien, Kinder oder Beschäftigte ausgegeben

werden. Sie bezahlen die Kita-Unterstützung so wenigstens indirekt aus eigener Tasche.

Aber reicht das Geld dann wenigstens? Nein. Es ist ungefähr so, als würden Sie einem Verdurstenden in der Wüste einen Schluck Wasser reichen und dann sagen: Den Weg zur rettenden Oase musst du schon ganz alleine finden. – Den Kitas fehlen aktuell weit mehr als 500 Millionen Euro, um allein den Status quo zu erhalten. Das ist der Grund, aus dem Tausende vor dem Landtag demonstrieren. Sie fordern das Geld, das Ihnen Schwarz-Grün verweigert. Dafür bräuchte es ein Rettungspaket oder eine zügige KiBiz-Revision.

(Beifall von der SPD und Marcel Hafke [FDP])

Im Ergebnis geht es den Kitas im kommenden Jahr nicht besser, sondern schlechter. Die finanziellen Spielräume werden nicht größer, sie verengen sich. Frau Ministerin Paul, Sie überlassen den Kitas genau drei Alternativen. Sie lauten: Personalabbau, Tarifflucht oder Insolvenz. Das sind die Konsequenzen Ihrer Politik, die vieles an Zuschreibungen verdient, aber sicherlich nicht das Prädikat, dass Familien und Kinder Priorität hätten.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Maelzer. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Kamieth.

Jens Kamieth (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aktuell erleben wir wirtschaftlich schwierige und gesellschaftlich herausfordernde Zeiten. Gerade deshalb gilt wie in der Vergangenheit auch für die Zukunft: In Nordrhein-Westfalen und für die Zukunftscoalition von CDU und Grünen stehen Familien, Kinder und Jugendliche im Mittelpunkt.

Mit unserer Politik der Verbindlichkeit und der Verlässlichkeit schaffen wir die notwendigen Rahmenbedingungen, damit sich Menschen jeden Tag mit Fachlichkeit und Herzlichkeit für unsere Kinder, für unsere Familien und für unsere Jugendlichen einsetzen können.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Es ist gleichzeitig ein Zeichen angemessener Wertschätzung für alle organisierten Akteure, für die Strukturen und die Projekte und selbstverständlich auch für die Arbeitnehmenden, die selbst Verlässlichkeit brauchen, um sich mit Verlässlichkeit ihrer wichtigen und herausfordernden Arbeit widmen zu können. Ich sage von dieser Stelle aus einen ganz herzlichen Dank an alle, die in diesen wichtigen Bereichen tätig sind.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Und noch ein bisschen klatschen!)

Der vorliegende Entwurf für den Einzelplan 07 und die Haushaltstitel für den Bereich „Familie, Kinder und Jugend“ sprechen eine klare und eindeutige Sprache: Mit dem aktuellen Haushaltsentwurf bleiben Kinder, Jugendliche und Familien im Fokus der Politik der Landesregierung.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich nenne Ihnen gerne einige Beispiele.

Erstens. Wir verstetigen das Kita-Helfer:innen-Programm für das Kinderjahr 2024/2025 und berücksichtigen es schon jetzt bis 2027 in der mittelfristigen Finanzplanung. Das ist ein wichtiger und großer Erfolg.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Zweitens. Wir verstetigen im Jahr 2024 auch die Finanzierung der Sprach-Kitas in Nordrhein-Westfalen. Zur Erinnerung, Herr Kollege Dr. Maelzer: Der SPD-geführten Bundesregierung waren die Kinder in diesem Punkt wohl nicht wichtig genug; sie hat die Sprachförderung abrupt im Juni letzten Jahres beendet.

(Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Wir sind in die Bresche gesprungen und haben nun bis zum Ende der Legislaturperiode Finanzierungs- und damit Planungssicherheit geschaffen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Dafür mussten wir ganz schön kämpfen, dass Sie das machen!)

Drittens. Wir finanzieren das Kinderbildungsgesetz auf Rekordniveau: 60 Millionen Euro zusätzlich zu Beginn des Jahres, jüngst noch mal 100 Millionen Euro on top. Damit steigt die Kitafinanzierung – und zusätzlich aufgrund der Dynamisierung des Nachhaltigkeitsfaktors um weitere rund 500 Millionen Euro – im kommenden Jahr auf den absoluten Rekordwert von rund 5 Milliarden Euro.

(Marcel Hafke [FDP]: Trotzdem sind alle pleite! – Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Viertens. Wir finanzieren ein weiteres Herzensprojekt aus unserem Koalitionsvertrag und unterstützen die Alleinerziehenden mit einer Landesfachstelle, die landesseitig gefördert wird. An dieser Stelle sage ich ein herzliches Dankeschön an die aktiven Damen und Herren aus dem VAMV NRW, die immer eine segensreiche Arbeit leisten.

Fünftens. Wir stellen erhebliche zusätzliche Mittel zur Finanzierung des Unterhaltsvorschussgesetzes bereit. Wir bringen die Digitalisierung in der Verwaltung mit Blick auf das Familienportal.NRW voran. Wir stärken die Schwangerschaftsberatungen und engagieren uns so für Frauen und den Schutz des ungeborenen Lebens.

Wir stellen mehr Mittel für die Familienberatung zur Verfügung. Wir engagieren uns auch in Zukunft für die Familienerholung.

Und, Herr Kollege Dr. Maelzer, natürlich bleibt für uns die Bekämpfung von Kinderarmut ein echtes Herzenthema. Schauen Sie sich die Zahlen bei „kinderstark“ an: Die Mittelabflüsse zeigen, dass die Ansätze jeweils reichen. Deswegen wird an diesem Punkt keine Kürzung erfolgen.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch erhalten auch in Zukunft finanzielle Unterstützung bei der Verwirklichung von Kinderwunschbehandlungen. Wir stellen mehr Mittel für die Verbraucherinsolvenzberatung zur Verfügung und arbeiten weiter daran, dass dieser wichtige Bereich mit der Schuldnerberatung zusammengeführt wird.

Last but not least: In Nordrhein-Westfalen erfahren alle Familien und Menschen, die sich täglich für sie engagieren, Anerkennung und Wertschätzung. Mit dem Familien- und Kinderfest verleihen wir diesen einen ganz besonderen Ausdruck. Ich freue mich auf das kommende Familien- und Kinderfest im Jahr 2025 und darüber, dass auch die Planung jetzt schon finanziell abgesichert ist.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Also ein Jahr ohne Anerkennung!)

Der vorliegende Etatentwurf ist ein klares Bekenntnis der Zukunftskoalition von CDU und Grünen für die Familien, die Kinder und die Jugendlichen in unserem Land. Er steht für Verbindlichkeit und für Verlässlichkeit.

In diesem Zusammenhang danke ich unserem Koalitionspartner herzlich für die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit. Mein Dank geht natürlich auch an das Ministerium, liebe Josefine Paul. Es ist schön, dass wir so gut zusammenarbeiten.

Den Gesetzentwurf der Freien Demokraten lehnen wir ab. Gleichzeitig werbe ich für die Zustimmung zum Etatentwurf. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sprechen heute über den Einzelplan 07. Was können wir diesbezüglich feststellen? Es ist kein Sparhaushalt. Es ist auch kein Investitionshaushalt. Es ist eine Dokumentation des Stillstands. So würde ich das beschreiben.

Die Kitas und die Tagespflegen sind wahrscheinlich die mit Abstand wichtigsten Bildungseinrichtungen in unserem Land. In diesen frühen Jahren der Kinder hat man noch die Chance, Entwicklungsunterschiede auszugleichen und ihnen den bestmöglichen Weg ins Leben zu ebnen. Deshalb könnte man auch meinen, dass die Landesregierung hier einen großen Schwerpunkt setzt und überproportional viel investiert.

Der Haushalt des Finanzministers steigt insgesamt um Pi mal Daumen 5 % im Jahr. Der Einzelplan 07 steigt hingegen nur um 3 %. Nun stellen Sie sich hin, Frau Ministerin, und erklären, Sie würden eine Extraladung Geld in die Kita-Landschaft und in Familien, Kinder und Jugend investieren. Da müssen wir leider feststellen, dass sich das oberflächlich schön anhört, es aber tatsächlich an Substanz fehlt.

(Beifall von Marc Lürbke [FDP])

Wir können hier weitermachen. Einige Punkte – ich will ja auch etwas loben – sind tatsächlich ganz gut, weil sie an die Politik der letzten Jahre anknüpfen. Bei großen Fragen bleiben Sie aber mit den Antworten einfach zurück.

Es ist gut, dass der Kinder- und Jugendförderplan weiter dynamisiert wird.

Es ist gut, dass es die Kinderwunschbehandlungen weiterhin gibt.

Es ist richtig und wichtig, dass es eine Kinderschutzprofessur gibt und im nächsten Jahr ein Landesbeauftragter eingerichtet wird.

Es ist auch richtig, dass die koalitionstragenden Fraktionen die Kürzung bei der Titelgruppe 68 zurücknehmen. Das hätten sie im Übrigen bereits im Ausschuss machen können. Aber wir tragen das natürlich auch heute gerne mit.

Schade ist, dass der Landeselternbeirat nicht zusätzlich unterstützt wird, weil er die Mittel genauso verdient hätte. Denn er ist auch ein ganz wichtiges Scharnier, damit die Arbeit in den Kindertageseinrichtungen funktioniert.

Leider kommen wir jetzt zu den Themen, bei denen ich mir von den koalitionstragenden Fraktionen, aber auch von der Ministerin mehr Engagement erwarten würde.

Bei der Familienberatung und bei der Familienhilfe werden 2,6 Millionen Euro weniger eingestellt, Frau Ministerin.

Es gibt 3,5 Millionen Euro weniger für die Kinderbetreuung in besonderen Fällen. Das ist insbesondere in Anbetracht der gestiegenen Zahlen von Geflüchteten sehr problematisch, Frau Ministerin.

Hinzu kommt, dass wir die Sprach-Kitas immer noch nicht verstetigt haben. Sie haben das doch ver-

sprochen. Es ist auch wichtig, das zu tun, damit die Träger Planungssicherheit haben.

Jetzt kommt das, was eigentlich gar kein Geld kostet. Insofern verstehe ich nicht, warum Sie das nicht umsetzen, Frau Ministerin. Sie wollten die Alltagshelfer verstetigen. Sie schreiben sie jedes Jahr wieder in den Haushalt. Geschenkt, dass das noch nicht im Gesetz festgeschrieben ist! Aber warum machen Sie es den Trägern auch noch schwer und verabreden einen 10%igen Eigenanteil? Streichen Sie das!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das würde aktuell helfen, den Fachkräftemangel vor Ort zu bekämpfen, und kostet den Finanzminister kein Extrageld. Das könnten Sie tun, wenn Sie den politischen Mut und die Kraft dazu hätten.

Die finanzielle Lage der Kindertageseinrichtungen ist dramatisch. Laut einer Umfrage stecken 78 % der Träger in finanziellen Schwierigkeiten. Im Bundesdurchschnitt sind es auch viele, aber weniger, nämlich 60 %.

Wir haben über 100.000 fehlende Kita-Plätze und 24.000 Erzieherinnen und Erzieher, die fehlen.

Vom angeblichen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung sind wir auch nach über zehn Jahren meilenweit entfernt. Frau Ministerin, wissen Sie, was das Schlimme ist? Wenn Sie jetzt nicht anfangen, zu handeln, werden wir uns von diesem Rechtsanspruch noch weiter entfernen, weil Kitas einfach schließen werden. Das ist die Situation, die wir vorfinden.

Deshalb halte ich Ihre Argumentation in der letzten Woche für herausfordernd bis schwierig. Sie behaupten, Sie würden mit einer Kraftanstrengung dafür sorgen, dass den Kindertageseinrichtungen über 500 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen. Formal ist richtig, dass 450 Millionen Euro davon gesetzliche Auflage sind. Die Landesregierung hat also überhaupt nichts dazu beigetragen, dass Sie diese finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, weil dieses Parlament Ihnen das in Ihr Aufgabenbuch geschrieben hat. Feiern Sie sich dafür an dieser Stelle deshalb bitte nicht ab.

(Beifall von Marc Lürbke [FDP] und Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Das heißt, Frau Ministerin, dass Sie 100 Millionen Euro aus eigener Anstrengung organisiert haben. Für die Träger ist das ein Hohn.

Sie können eigentlich auch fast vergessen, diese 100 Millionen Euro auf den Weg zu bringen, weil sie nur ein Drittel der Kosten decken. Wissen Sie, was es bedeutet, wenn nur ein Drittel der Kosten gedeckt ist? Die Einrichtungen werden den August nicht erreichen. Die Einrichtungen werden pleitegehen. Wir werden Gruppenschließungen erleben.

Das Kita-Sterben hat bereits begonnen. Ich weiß nicht, ob Sie als die Ministerin in die Geschichtsbücher eingehen möchte, die dazu beigetragen hat, dass wir diese Einrichtungen verlieren.

Wir sprechen über dieses Thema seit über einem Jahr. Die SPD hat das in vielen Anträgen immer wieder hervorgebracht. Wir haben das immer wieder ins Parlament eingebracht und dargelegt, dass Sie handeln müssen. Sie haben sich jedoch auf Gespräche und auf einen netten Diskurs zurückgezogen.

Sie haben hier und heute die Chance, Ihr bisheriges Versagen wiedergutzumachen. Wir haben Ihnen mit einem Gesetzentwurf aufgezeigt ...

(Lachen von Josefine Paul, Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration)

– Da können Sie lachen, Frau Ministerin, wie Sie wollen. – Wir haben einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, den wir noch in diesem Jahr verabschieden können. Wir brauchen auch keine Anhörung dazu zu machen. Wir diskutieren ihn nächste Woche im Ausschuss und gehen im Dezember in die Abstimmung. Und dann kommt es zum Schwur. Dann können Sie nämlich sagen, ob Sie bereit sind, dem Finanzminister noch einmal Druck zu machen, an der Seite der Einrichtungen sowie der Erzieherinnen und Erzieher zu stehen und dafür Sorge zu tragen, dass ab dem 1. Januar 2024 ausreichend Geld vorhanden ist, damit die Kitas überleben. Das wird die Lage sein, Frau Ministerin.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn Sie das nicht tun, wickeln Sie einen Großteil der Kita-Landschaft in Nordrhein-Westfalen ab. Das wäre ein Armutszeugnis. Denn wir bekommen diese Einrichtungen nicht zurück.

Ich bin froh, dass der Kollege Maelzer gerade noch einmal angesprochen hat, worauf Sie den Schwerpunkt legen, weil das den Irrsinn dieser Haushaltsdebatten zeigt. Sie haben sich in diesem Jahr schon für ein Familienfest abgefeiert; das haben Sie im Ausschuss groß vorgetragen. Jetzt stellen Sie 200.000 Euro in den Haushalt ein, um ein Familienfest für das übernächste Jahr zu planen – und das in einer Situation, in der Tagespflegen und Kitas kurz vor dem Kollaps stehen. Bei den Betroffenen und bei den Familien muss das wie Hohn ankommen, weil es ein Familienfest ist und sie überhaupt keine Kitas haben.

Ich wäre daher sehr dafür, dass Sie unseren Vorschlägen folgen und 200.000 Euro für den Landeselternbeirat zur Verfügung stellen. Er könnte diese Mittel tatsächlich brauchen und damit effiziente und gute Arbeit machen.

Abschließend bleibt mir zu sagen, dass dieser Haushalt eher eine Dokumentation des Stillstandes ist.

(Beifall von Marc Lürbke [FDP])

Es ist schade, dass Sie nicht die Kraft haben, Veränderungen auf den Weg zu bringen.

Ich biete es Ihnen hier und heute noch mal an: Wenn es darum geht, den Einrichtungen, den Trägern in diesem Land zu helfen, wird die Opposition, werden die Freien Demokraten Ihnen zur Seite zu stehen.

Für einen solchen Haushalt können Sie unsere Unterstützung aber nicht erwarten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Abgeordnetenkollegin Eileen Woestmann das Wort.

Eileen Woestmann (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Es ist immer einfach, über das zu sprechen, was nicht läuft. Derzeit gibt es in der Tat viele Herausforderungen. Es knirscht in unserem System an vielen Ecken und Enden. Die Liste der Problemlagen, Hürden und Unsicherheiten ist lang.

Wir haben viel zu tun, und Veränderung braucht Zeit. Wenn wir eines in den letzten Wochen, Monaten und vielleicht auch Jahren gelernt haben, dann ist es, dass es einfache Lösungen nicht gibt – weder von der Regierung noch von der Opposition, weder im Bund noch im Land oder in den Kommunen. Wir müssen hart verhandeln und um gute Lösungen ringen. Das kann man mühsam finden. Die Ergebnisse sind sehr häufig aber gute und wichtige Errungenschaften. Zu diesen Errungenschaften zählt auch das Setzen von Prioritäten.

Genau deshalb ist es gelungen, dass in diesem Haushalt für Kinder und Jugendliche Prioritäten gesetzt werden. Das kann man als nicht ausreichend kritisieren. Fakt ist aber, dass es diesen Schwerpunkt gibt. Das zeigt sich unter anderem in der frühkindlichen Bindung an den wichtigen Programmen Sprach-Kitas und Alltagshelfer*innen, die nicht nur für 2024 verlängert werden konnten, sondern auch bis zum Ende der Wahlperiode verstetigt werden.

Die Situation in den Kitas ist aktuell sehr angespannt. Erzieherinnen und Erzieher, Eltern, aber auch die Kinder spüren die Auswirkungen des Fachkräftemangels in einer Deutlichkeit, bei der lange ignoriert wurde, dass sie kommen wird. Die Vorhersagen waren sehr eindeutig. Wären diese Vorhersagen ernst genommen worden und Maßnahmen ergriffen worden, ständen wir jetzt anders da.

Wir können die Vergangenheit allerdings nicht ändern. Wir können nur die Gegenwart gestalten und Weichen für die Zukunft stellen.

Erzieherinnen und Erzieher leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Sie bilden, betreuen und erziehen unsere Kleinsten. Durch die Alltagshelfer*innen können sie von Aufgaben entlastet werden, die nicht zur pädagogischen Kernaufgabe gehören.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Dadurch entsteht mehr Raum, um am Kind zu arbeiten.

In Zukunft können diese Alltagshelfer*innen neben den bisherigen Aufgaben auch einfache Verwaltungstätigkeiten übernehmen. Das ist ein wichtiges Signal.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wenn wir über frühkindliche Bildung sprechen, sprechen wir immer auch über Chancengerechtigkeit. In der Kita werden die diesbezüglichen Weichen gestellt. Deshalb ist es wichtig, dass Kinder, die bereits in frühen Jahren Nachteile in ihrer Entwicklung erfahren, möglichst früh entsprechende Förderungen bekommen – sei es in motorischen oder emotionalen Bereichen, aber auch bei der Sprache. Genau dort setzen die Sprach-Kitas an und leisten einen wichtigen Beitrag.

Damit die Arbeit von Erzieherinnen attraktiver wird, ist eine gute Bezahlung unerlässlich. Dass bei den Tarifverhandlungen hohe Abschlüsse erzielt worden sind, ist absolut begrüßens- und vor allem auch unterstützenswert. Uns als Land ist völlig klar, dass das für die Träger hohe Kosten bedeutet, die nur schwer zu stemmen sind. Deshalb war die Überbrückungsfinanzierung gerade mir ein so wichtiges Anliegen.

Wir nehmen unseren Teil der Verantwortung in der Verantwortungsgemeinschaft mit den Trägern und Kommunen ernst. Es war ein Kraftakt. Ich bin vor allem Ministerin Josefine Paul und auch dem Ministerium für ihre Ausdauer sehr dankbar. Am Ende ist es nämlich gelungen, 100 Millionen Euro im Haushalt 2024 bereitzustellen, mit denen die freien Träger unterstützt werden können, um diese Tarifkostensteigerung abzufedern.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir debattieren immer wieder über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Anbetracht der gesellschaftlichen Wahrnehmung könnte man den Eindruck gewinnen, dass es dabei vor allem darum geht, dass wir 100 % Kita-Plätze haben und die Vereinbarkeit dann kein Problem mehr ist. Alle Menschen, die Kinder begleiten, können darüber nur müde lächeln, weil sie wissen, dass es so einfach nicht ist. Kinder großzuziehen, Vereinbarkeit zu leben – dazu gehört neben der Betreuung noch ganz viel mehr. Natürlich

ist die Betreuung dabei zentral. Sie darf aber eben auch nicht isoliert betrachtet werden.

Ein super wichtiger Aspekt ist die paritätische Verteilung von Care-Arbeit. Deswegen freue ich mich sehr, dass im Haushalt 2024 auch die Väterarbeit explizit gefördert werden soll.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vor einer ganz besonderen Herausforderung stehen Alleinerziehende. Es macht mich immer noch sehr stolz und glücklich, dass es seit diesem Jahr die Landesfachstelle für Alleinerziehende in NRW gibt, die Fachkräfte bei der Beratung von Alleinerziehenden in den Kommunen unterstützt.

Die Auftaktveranstaltung hat gezeigt, dass dort super motivierte Menschen tätig sind, die für Alleinerziehende und ihre Belange brennen und sich mit Motivation und Engagement in die Arbeit stürzen. Es wurde aber auch deutlich, dass der Bedarf an Vernetzung und Beratung enorm ist. Deshalb freut es mich besonders, dass wir als schwarz-grüne Koalition einen gemeinsamen Änderungsantrag einbringen konnten, damit die Landesfachstelle mit einer weiteren Stelle unterstützt wird.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Familien in Nordrhein-Westfalen sind vielfältig. Das ist gut und wichtig. Die Familienverbände in Nordrhein-Westfalen bilden genau diese Vielfalt ab und leisten einen wichtigen Beitrag dazu, dass sich Familien gesehen und wertgeschätzt fühlen und dass es Ansprechpersonen für Belange von Regenbogenfamilien, Familien mit Adoptiv- und Pflegekindern und Familien, deren Kinder bilingual aufwachsen, sowie viele weitere Aspekte von Familie gibt. Mit unserem schwarz-grünen Änderungsantrag sichern wir auch diese wichtige Arbeit für 2024 ab.

Junge Menschen sind mit vielen verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. Noch letzte Woche wurde die Studie der Landesregierung „Einsamkeit unter Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen nach der Pandemie“ vorgestellt. Einsamkeit ist eine Realität in unserer Gesellschaft, aber vor allem auch bei jungen Menschen. Die Kinder- und Jugendarbeit, die verbandliche Jugendarbeit und die Jugendsozialarbeit können einen Beitrag dazu leisten, dass junge Menschen sich weniger einsam fühlen und auch weniger einsam sind.

Insbesondere durch den neuen Förderbereich „Gesundheit, Resilienz, Bewegungsförderung“ im Kinder- und Jugendförderplan können Angebote mit diesem Schwerpunkt gefördert werden. Durch die Dynamisierung werden nächstes Jahr weitere 5 Millionen Euro on top in den Kinder- und Jugendförderplan fließen.

Zum Schluss möchte ich noch auf einen Aspekt im Haushalt eingehen, der mir ganz persönlich am

Herzen liegt: den Schutz von Kindern und Jugendlichen. NRW ist hier im Ländervergleich führend.

Das Aufdecken von jahrzehntelangem Missbrauch auf einem Campingplatz in Lügde hat uns alle wachgerüttelt. Das Thema „sexuelle Gewalt“ ist sehr präsent, und das ist gut. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass dies nur ein Aspekt von Gewalt gegen Kinder ist.

Durch aktives Hinschauen können wir verhindern, dass Kinder und Jugendliche zu Opfern werden, und dafür sorgen, dass Täterinnen und Täter keinen Platz haben.

Körperliche und psychische Gewalt ist für viele Kinder in Nordrhein-Westfalen Realität. Deswegen braucht es eine Vielzahl verschiedener Maßnahmen. Dazu gehören unter anderem die eingerichtete Stelle für Qualitätssicherung und die Schaffung sowie der Betrieb von Ombudsstellen.

Darüber hinaus werden wir die Stelle eines bzw. einer unabhängigen Beauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte etablieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dadurch schaffen wir nicht nur mehr Sichtbarkeit für dieses Thema, sondern installieren damit auch eine zentrale Anlauf- und Informationsstelle, die proaktiv zu dem Thema arbeitet und weitere Verbesserungen und vor allem Vernetzung vorantreibt.

Und weil es am Ende auf jeden Einzelnen von uns im Einsatz für eine gewaltfreie Kindheit ankommt, schaffen wir zusätzlich eine Professur für Kinderschutz und Kinderrechte. Durch Forschung und Lehre sowie den wissenschaftlichen Austausch über Kinderschutzthemen über verschiedene Professuren hinweg wird das Thema in NRW weiter intensiviert.

Denn nur Fachkräfte, die handlungssicher sind, können Kinderschutz leben und vor allem auch handlungsleitend für ihr Umfeld sein. Handlungsleitend im Umfeld zu sein bedeutet, dass andere Menschen sich daran orientieren können, sich festhalten können und Unsicherheiten überwinden können. Im Kampf gegen Gewalt gegen Kinder spielen pädagogische Fachkräfte, Ärztinnen, Polizistinnen, Richterinnen und viele Weitere eine zentrale Rolle. Genau diese Fachkräfte müssen sich im Umgang mit dem Thema sicher fühlen.

Trotz der Priorität auf frühkindliche Bildung musste aufgrund der angespannten Finanzlage auch im Einzelplan 07 gespart werden. Es ist wenig überraschend, dass ich als Familienpolitikerin jeden Cent, der in unserem Haushaltsplan gespart werden muss, als bitter empfinde.

Man kann jetzt auch anfangen, das eine gegen das andere auszuspielen. Aber das bringt uns in der Gesamtheit nicht weiter. Für eine Zeit, in der wir von Herausforderungen und Krisen, von Belastung und

Anspannung und vor allem auch von Sparhaushalten sprechen, ist der Einzelplan 07 solide aufgestellt und setzt richtige Prioritäten, nämlich auf Kinder, Jugendliche und ihre Familien in Nordrhein-Westfalen. Deswegen stimmen wir dem Entwurf gerne zu.

Zu dem Gesetzentwurf der FDP zur Änderung des KiBiz freuen wir uns auf eine konstruktive Debatte im Fachausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Schalley.

Zacharias Schalley (AfD): Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Dass dieser Haushalt die Überschrift „Familienministerium“ trägt, ist reiner Etikettenschwindel. Die Familienministerin kümmert sich um vieles; aber Familien gehören nicht dazu.

Das verwundert auch nicht, kommt sie doch aus einer Partei, in der die Ideen der 68er tief verankert sind. Was dachten diese Leute über Familien? Die Familie ist die „Keimzelle des Faschismus“ – so Max Horkheimer, einer der Begründer der Frankfurter Schule.

Da ist es wenig verwunderlich, dass die Grünen, sobald sie bei ihrem Marsch durch die Institutionen im Familienministerium angelangt sind, dieses nicht nutzen, um Familien zu unterstützen, sondern die Familienpolitik zu einem Schlachtfeld in ihrem Kulturkampf machen.

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Sie haben aber auch ein sehr pathologisches Verhältnis zu den Grünen!)

Es tobt ein Kampf um die kulturelle Hegemonie, im Konkreten um die Lufthoheit über den Kinderbetten, wie es von linker Seite schon früher hieß.

Josefine Paul ist nicht Ministerin für Familie, sondern Ministerin für Gesellschaftsumbau. Das zeigt sich eindeutig in der Prioritätensetzung dieses Ministeriums und auch der Landesregierung.

Die Landesregierung verfügt für das kommende Jahr über ein Haushaltsvolumen von mehr als 100 Milliarden Euro, wovon 6 Milliarden Euro für Familie, Kinder und Jugend bereitgestellt werden – dem Namen nach. Von diesen 6 Milliarden Euro werden allerdings mehr als 5 Milliarden für ein frühkindliches Betreuungssystemen verpulvert, das vorne und hinten nicht funktioniert.

Mittel für Maßnahmen, die das Wohl von Familien und Kindern fördern sollten, werden nicht nur nicht erhöht, sondern sogar gekürzt. Wie kann sich eine Landesregierung damit rühmen, den Fokus auf

Familien und Kinder zu legen, wenn sie bei zentralen Maßnahmen nicht aufstockt, sondern einspart?

Diese dunkelgrüne Landesregierung treibt lieber den Gesellschaftsumbau voran, indem sie ihre Vorfeldorganisationen durch den sogenannten Kinder- und Jugendförderplan mit knapp 145 Millionen Euro Steuergeldern fettfüttert. Diese Organisationen halten zweifelhaft Seminar gegen alles ab, was nicht links ist, und versuchen, die Jugend mit einer zeitgeistkonformen Weltanschauung zu indoktrinieren.

Sie kürzen die ohnehin mageren Mittel für Familien-erholung um satte 1 Million Euro; gleichzeitig werden die Mittel für die Regenbogenlobby um 1,5 Millionen Euro erhöht. Die Verachtung für Familien zieht sich quer durch den gesamten Haushalt.

Die Kürzung der Mittel zur Prävention von Kinder- und Jugendarmut passt ins Bild. Diese Scheinhilfen sind ohnehin besonders perfide. Gerade die Politik ist doch der Übeltäter, der schuld ist, dass Kinder in armen Verhältnissen aufwachsen müssen. Soll ich Ihnen verraten, was es jungen Familien in unserem Land unmöglich macht, ihren Lebensstandard aufrechtzuerhalten? Explodierende Strom- und Gaskosten, sinkende Reallöhne, unbezahlbare Mieten und Wohnungspreise, immer teurere Nahrungsmittel, eine Steuerlast jenseits von Gut und Böse – und das ist erst die Spitze des Eisbergs.

Junge, deutsche, heterosexuelle Paare – ich weiß; bei dieser Aufzählung sträuben sich Ihnen die Haare – trauen sich aufgrund finanzieller Ungewissheiten kaum noch, Kinder in die Welt zu setzen. Kinder sind nach wie vor das Armutsrisiko in Deutschland, gerade für junge Paare. Die Politik stellt junge Menschen, die eine Familie gründen möchten, vor die Wahl zwischen leerem Haus und leerem Geldbeutel.

Wer aber erhält mehr Geld? Die Abtreibungsagenturen von pro familia und Co, denen der Steuerzahler die Geschäftsstelle finanzieren darf.

Sie faseln seit mehr als einem Jahr von nichts anderem als dem Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung. Doch was tun Sie in der Praxis? Sie kürzen die Mittel für eine Ausbildungs-offensive um 3 Millionen Euro – mit der Begründung, der Ansatz wäre an die tatsächlichen Bedarfe angepasst worden. Haben wir jetzt einen Personalmangel oder nicht?

Sie lamentieren über fehlende Kita-Plätze und Erzieher und pumpen Millionen über Millionen Euro in ein kollabierendes System, das die riesige Nachfrage schon jetzt nicht stemmen kann. Der Familienhaushalt ist ein Deckname für den Kita-Haushalt. Man will so viele Kinder wie möglich so schnell wie möglich in staatliche Obhut geben. Währenddessen wird bald auf Bundesebene die maximale gemeinsame Elternzeit auf einen Monat verkürzt, wodurch der Ansturm auf unsere Kitas noch wachsen wird.

Verzichten Eltern aber freiwillig auf einen Kita-Platz und entscheiden sich, die Kinder, die sie in die Welt gesetzt haben, auch selbst zu betreuen, werden sie argwöhnisch beäugt. Die Kinder würden sozial isoliert, sie würden Bildungschancen verlieren, und man würde das Kindeswohl gefährden. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Eine Regierung, die unseren Kindern mehrmonatige Hausarreste aus Angst vor einer Grippe verpasst hat, wirft jetzt eigenverantwortlichen Eltern vor, ihre Kinder zu isolieren.

Viele Eltern müssen ihre Kinder ohnehin zu Hause betreuen, wenn die Kita aufgrund von Personal-mangel oder Krankheit mal wieder auf Notbetreuung umstellt. So viel zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“.

Und wie soll diese überlegene Kita-Sozialisierung aussehen? Etwa wie in Duisburg, wo Dreijährige von älteren Kindern dazu gezwungen wurden, sich zu entblößen und sich Stöcke einzuführen? Oder lieber wie in Burscheid, wo Kinder in Tabellen eintragen sollten, wer sie wo befummeln darf? Sind das die tollen Errungenschaften der Kita-Landschaft und der frühkindlichen Bildung, mit denen Sie Eltern die Fremdbetreuung schmackhaft machen wollen?

Damit sind wir beim Thema „Kinderschutz“ angelangt. Durch Umschichtung und Herumbasteln versuchen Sie zu vertuschen, dass Sie ganze 3 Millionen Euro streichen. Den Eltern hängen Ihre Lippenbekenntnisse zum Hals heraus.

Wir schwadronieren Sitzung für Sitzung darüber, dass Kinder vor sexuellen Übergriffen geschützt werden sollen. Währenddessen werden in Deutschland mehr Kinder denn je sexuell missbraucht – jährlich über 17.000. Das sind jeden Tag 50 unschuldige Kinderseelen, die für den Rest ihres Lebens traumatisiert sind.

Während Sie hier sitzen und grübeln, wie man die sexuelle Gewalt an Minderjährigen in den Griff bekommt, halten Männer in Frauenkleidern Trans-Propaganda-Lesungen für Vorschulkinder, wie hier in Düsseldorf, bezahlt von kommunalen Steuergeldern. Während Sie sich wundern, warum unsere Behörden mit Kindesmissbrauch überladen sind, lecken sich an einer Kölner Grundschule halbnackte Tänzer vor den Augen der Schülerschaft gegenseitig ab.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Die Betroffenheit, die dann beim nächsten Pädophilie-skandal geheuchelt wird, ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten – vor allem, wenn man sich anschaut, wie durch Frühsexualisierung täterfreundliche Kinder geschaffen werden.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Abgeordneter, Sie können gesellschaftliche Ereignisse einordnen, auch kritisch einordnen. Ich bitte Sie aber darum, dabei die Würde dieses Hauses stets zu achten

und darauf zu achten, dass da nicht irgendwelche Missverständnisse und Fake News weiterverbreitet werden,

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

sondern Klarheit und eine faktenorientierte Debatte in einem hochsensiblen Bereich, gerade auch wenn es um Kinder geht, zum Schutze der Würde dieses Hauses ermöglicht werden. – Vielen Dank. Sie dürfen fortfahren.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Zacharias Schalley (AfD): Familien sind für Sie nur die Staffage, um sich zu inszenieren. Bezeichnend ist, dass mehrere Hunderttausend Euro für ein Familienfest eingeplant werden, das nicht einmal stattfinden wird.

(Marcel Hafke [FDP]: Der redet einfach so weiter!)

Nein, wertere Damen und Herren, Familienpolitik muss Familien dienen, Müttern, Vätern und ihren Kindern. Weder die Interessen der Buchstabenlobby noch die eines aufdringlichen Staatsapparates dürfen je eine Rolle in Fragen der Kindeserziehung spielen. Wenn großräumige Versuche der Indoktrination unter dem Deckmantel der Familienpolitik gestartet werden, dann wissen wir eines: Dieser Staat und dieses Ministerium haben nicht das Wohlergehen unserer Kleinsten im Sinn.

Die Väter und Mütter in Nordrhein-Westfalen haben ein Recht auf eigenverantwortliche Erziehung. Unsere Pflicht als Parlamentarier ist es, dieses Recht zu verteidigen. Nur fernab von ideologischen Einflüssen und übergriffigem Staatsgebaren können Kinder unabhängig aufwachsen und gedeihen.

Zum Schluss bleibt mir nur eines zu sagen: Josefine Paul und ihre Gesellschaftsumbauer bekommen unsere Kinder nicht. Wir lassen nicht zu, dass unsere Kinder nach ihren ideologischen Vorstellungen verzogen werden.

(Zurufe von der SPD: Och!)

Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft und die Zukunft unseres Volkes und nicht die Keimzelle des Faschismus. Alle staatliche Familienpolitik ist nur ein Surrogat für funktionierende Familien.

(Unruhe – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Für die rechten, genau!)

Nur die AfD steht für eine freie und unbeeinflusste Erziehung und für die Rechte der Eltern und von Familien. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Wir lassen auch die letzte Äußerung noch mal genauer prüfen, damit nicht irgendwelche Gleichstellungen, die absolut nicht akzeptabel wären, im Raume stehen. Sie können sich ganz sicher sein, dass das noch mal geprüft wird,

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

um zu entscheiden, ob eventuell ein Ordnungsruf erfolgt.

Frau Ministerin Paul, Sie haben das Wort.

Josefine Paul¹⁾, Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kinder und Jugendliche in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen wachsen in unruhigen Zeiten auf. Viele von ihnen wachsen auch in einer Zeit auf, die sie als verunsichernd empfinden. Manche haben Angst vor den in der Welt anwachsenden gewaltsamen Konflikten, mit denen sie jeden Tag in den Medien direkt oder indirekt konfrontiert sind: mit dem anhaltenden Krieg in der Ukraine, mit der Situation in Israel, mit dem brutalen Angriff der Hamas und mit der Situation in Gaza, wo die Hamas die Zivilbevölkerung als Schutzschilde missbraucht.

Kinder bekommen all dies mit, auch die, die nicht bewusst Nachrichten schauen und noch klein sind – die Größeren bekommen es erst recht mit –: den Hamas-Terror, den Ukraine-Krieg, die soziale Verunsicherung, die Klimakrise, all die Dinge, die unsere Zeiten zu herausfordernden Zeiten machen.

Aktuelle Studien weisen immer wieder darauf hin, welche Auswirkungen die Krisen der Zeit auch auf junge Menschen haben. Sie schauen pessimistischer in die Zukunft. Sie fühlen sich politisch zu wenig gesehen und beteiligt. Sie leiden unter größeren Belastungen. Aktuell hat die Landesregierung eine viel beachtete Studie in Auftrag gegeben und vorgestellt, die sich mit dem Thema „Einsamkeit unter jüngeren Menschen“ beschäftigt.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, einen Schwerpunkt unserer Politik auch auf Kinder, Jugendliche und Familien zu setzen. Ich will einsteigen mit den Jugendlichen, und zwar mit dem Kinder- und Jugendförderplan, weil das auch ein ganz zentraler Bereich ist, wenn es um die Stärkung der Strukturen in der Kinder- und Jugendarbeit geht. Dies stellen wir durch die vorgeschriebene Dynamisierung der Fördersumme sicher. Denn nur mit stabilen Strukturen sind die Träger der Jugend- und der Jugendsozialarbeit in der Lage, sich konzeptionell auf die Bedarfe junger Menschen einzustellen, die sich natürlich auch mit den Herausforderungen der Zeit verändern.

Dazu zählt unter anderem auch, dass wir mit dem Bereich „Resilienz und mentale Gesundheit“ eine

neue Position in den Kinder- und Jugendförderplan aufgenommen haben.

Mit dem Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung erarbeiten wir in einem partizipativen Prozess neue Formate für die Partizipation junger Menschen. Gerade die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen offenbaren doch, wie wichtig auch Angebote sind, die Tendenzen von Diskriminierung, Antisemitismus, Rassismus und Queerfeindlichkeit und allen anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenwirken.

Deshalb ist es mir wichtig, dass dieser Haushaltsentwurf mit dem Ansatz von 145 Millionen Euro einen Aufwuchs für ein gutes Aufwachsen, für ein gutes Selbstwertgefühl von jungen Menschen enthält und sicherstellt, dass wir weiterhin eine gute und starke Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen haben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich frage mich manchmal, was Sie an diesem Familienfest zu kritisieren haben. Sind Sie denn bei dem Familienfest da gewesen? Die Träger fanden es gut. Die Familien fanden es gut. Die Kommunen bewerben sich auch schon ohne Interessenbekundungsverfahren darum, es ausrichten zu dürfen. Ganz ehrlich: Wenn Ihr einziger Vorschlag ist, mit 200.000 Euro die schwierigen Lagen unserer sozialen Infrastruktur beheben zu wollen, dann finde ich das einigermäßen bemerkenswert.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir wissen um die Herausforderungen in der frühkindlichen Bildung. Wir alle wissen, dass sie auch nicht erst im Mai 2022 entstanden sind. Klar ist auch, dass die Probleme sich nicht von heute auf morgen lösen lassen; denn sie sind auch nicht von heute auf morgen entstanden. Es ist ebenfalls klar, dass das System der frühkindlichen Bildung unter Druck steht und die Träger, die Erzieher*innen, die Kinder und die Eltern vor extreme Herausforderungen gestellt sind.

Deshalb unterstützt die Landesregierung die freien Träger inklusive der kirchlichen Träger mit einer einmaligen Überbrückungshilfe. Mit der Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2024 werden weitere 100 Millionen Euro als einmalige finanzielle Überbrückungshilfe ins System der frühkindlichen Bildung gegeben. Das ist natürlich nur ein Beitrag. Deswegen ist es eine Überbrückungshilfe, die einen Weg zur regulären Dynamisierung im Kita-Jahr 2024/2025 bahnen soll.

Auch dazu möchte ich etwas sagen. Zu diesem Kita-Jahr mit der neuen Dynamisierung werden 10 % mehr Mittel in die KiBiz-Pauschalen fließen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ja, das ist gesetzlich so festgelegt. Aber, sehr geehrte Damen und Herren der Opposition, auch gesetzlich festgelegtes Geld ist übrigens ein Aufwuchs im Haushalt

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

und hilft ganz konkret den Einrichtungen dabei,

(Beifall von den GRÜNEN)

die Realkostensteigerungen tragen zu können.

Ich will etwas dazu sagen, wie sich die Dynamisierung zusammensetzt. Es ist von der alten Landesregierung richtig gewesen, dass sie die starre Dynamisierung durch eine Indexierung ersetzt hat, um dadurch in der Lage zu sein, die Realkostensteigerungen auch abzubilden.

Das ist damals lange von Trägern, den Kommunen und der Opposition gefordert worden, und anschließend ist dieser Schritt auch von allen begrüßt worden, weil es der richtige Schritt gewesen ist. Trotzdem muss man feststellen, dass es unter Ihrer FDP-Verantwortung genauso ausgestaltet worden ist, wie Sie es jetzt in diesem vorgelegten Gesetzentwurf kritisieren. Das hat etwas damit zu tun, dass die KiBiz-Reform, die Sie damals vorgenommen haben – in diesem Punkt war sie gut –, nicht darauf ausgerichtet gewesen ist, dieses System krisenfest auszugestalten. Das hat diese Reform nicht hinbekommen.

Das ist gut, dass Sie das jetzt auch anerkennen, aber es wäre durchaus schon die Herausforderung einer früheren KiBiz-Reform gewesen, es krisenfest auszugestalten. Jetzt sollte man nicht selber bedauern, was man damals nicht in Angriff genommen hat.

Diese Landesregierung hat mit 60 Millionen Euro Energiekostenhilfe einen Teil gegen die Kostensteigerungen beigetragen, und mit den 100 Millionen Euro einen weiteren Schritt getan, weil das Gesetz sprunghafte Anstiege, die durch Krisensituationen induziert sind, so nicht abbilden kann.

(Marcel Hafke [FDP]: Da kann man ja handeln, Frau Ministerin!)

Dementsprechend ist es auch wichtig, zu handeln. Ich will Ihnen nur noch mal sagen, dass Sie immer in Ihrer Berechnung vergessen, dass das Gesetz übrigens auf einer Finanzierungsgemeinschaft basiert. Das heißt, Sie vergessen dabei, dass Sie das gemeinsam mit den Trägern und mit den Kommunen ausgestalten müssen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Dann müssen Sie mit denen sprechen!)

Wenn Sie das einer Ad-hoc-Dynamisierung vorziehen, führt das jetzt nicht nur dazu, dass der Verwaltungsaufwand produziert, sondern auch dazu, dass das auch in die Haushaltsberatungen der Kommunen mit eingreift.

Das heißt, ein Gesetz, das auf die Krisensituationen nicht vorbereitet gewesen ist, muss jetzt durch eine KiBiz-Novellierung wesentlich krisenfester gemacht werden. Aber das ist ein Gesamtprozess, weil wir sehen, dass dieses Gesetz den Herausforderungen der Zeit an unterschiedlichsten Stellen nicht mehr Rechnung tragen kann. Das ist eine Entwicklung, die sich über Jahre so formiert hat. Dementsprechend sind wir jetzt mit den entscheidenden Playern innerhalb der frühkindlichen Bildung dabei, genau diesen Dialog voranzutreiben,

(Marcel Hafke [FDP]: Wie lange soll das denn dauern?)

Am Ende des Tages, und das wissen Sie – wir haben den Zeitplan mit Ihnen schon im Ausschuss besprochen – aus der eigenen Erfahrung heraus, sowohl die SPD als auch die FDP, ist es wichtig, dass wir als Land im Bereich der frühkindlichen Bildung gemeinsam mit den Trägern, mit den Kommunen als Verantwortungsgemeinschaft jetzt ein solches Gesetz auf den Weg bringen, weil eine grundsätzliche Verständigung Voraussetzung dafür ist, dass wir eben eine gute, gemeinsame und tragfähige Reform hinbekommen.

Dazu gehört auch, dass dieser Haushalt natürlich auch weitere finanzielle Schwerpunkte bei den Sprach-Kitas setzt. Die Sprach-Kitas sind jetzt nicht nur in die Landesförderung, sondern auch in die mittelfristige Finanzplanung übernommen worden. Das heißt, wir haben eingelöst, dass wir diese wichtige Struktur weiterhin sichern wollen.

Gleiches gilt für die Kita-Helferinnen und Kita-Helfer; denn sie leisten einen wichtigen Beitrag, um das pädagogische Personal in den Kindertageseinrichtungen bei den einfachen alltäglichen Tätigkeiten zu unterstützen.

Im Haushaltsjahr sind für die Fortführung des Kita-Helfer-Programms 140 Millionen Euro veranschlagt, und zudem wurde eine Verpflichtungsermächtigung aufgenommen, die eine Bewilligung für das Kindergartenjahr 2024/2025 ermöglicht und auch die Übernahme in die mittelfristige Finanzplanung sicherstellt. Damit lösen wir als Landesregierung das ein, was wir gesagt haben, wir stellen die Verstetigung für die Sprach-Kitas und für die Alltagshelfer sicher. Natürlich werden auch diese Programme weiterhin Teil der Diskussion um eine Weiterentwicklung des KiBiz sein.

Zusätzlich fördern wir weitere 900 Plätze im Bereich PiA-K weil es wichtig ist, dass wir auch weiter die Ausbildung, insbesondere die erfolgreichen Programme der Praxisintegrierten Ausbildung unterstützen.

Mit der Flexibilisierung der Personalverordnung, den verbesserten Einsatzmöglichkeiten für Ergänzungskräfte haben wir erste Schritte getan. Aber klar ist uns

doch allen hier im Saal, dass wir gemeinsam weitere Maßnahmen erarbeiten müssen, beispielsweise im Bereich der Umsetzung des modularisierten Quereinstiegs, weil wir mehr Menschen in den Kitas brauchen, weil wir höhere Bedarfe haben, als das System derzeit abdecken kann.

Die frühkindliche Bildung ist der klare Fokus unseres Hauses, aber Kinder, Jugendliche und Familien sind insgesamt auf gute und stabile soziale Infrastrukturen angewiesen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch auf das Projekt der Landesfachstelle für Alleinerziehende hinweisen, weil ich es wichtig finde, diese Gruppe in den Blick zu nehmen, weil Einelternfamilien besonders von Armut bedroht sind. Hier lenken wir gezielt einen Blick auf diese wichtige Gruppe.

Gleichermaßen haben wir den inhaltlichen Ausbau des Familienportals NRW weiter vorangetrieben. Die Besucher*innenzahlen steigen deutlich und kontinuierlich, und mit der vor Kurzem realisierten Übersetzungsfunktion werden wir zusätzlich viele weitere Familien erreichen können. Auch das, finde ich, ist in einem vielfältigen Land wie Nordrhein-Westfalen ein wichtiger Beitrag.

Ja, wir stehen weiterhin vor großen Herausforderungen, und ja, wir stellen uns als Landesregierung diesen Herausforderungen. Aber auch dieser vorgelegte Haushaltsentwurf stellt sich den Herausforderungen, vor denen wir im Bereich der frühkindlichen Bildung, aber vor denen Kinder, Jugendliche und Familien insgesamt stehen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD hat sich nochmals der Abgeordnete Herr Maelzer zu Wort gemeldet.

Dr. Dennis Maelzer* (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Kollegin Woestmann hat darauf hingewiesen, dass es immer leicht sei, über Sachen zu sprechen, die nicht laufen. Wir als Abgeordnete haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Dinge in Nordrhein-Westfalen laufen, aber unter dieser Ministerin laufen sie herzlich schlecht.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn dann Kollege Kamieth sagt: „Wir sorgen für die Anerkennung der Beschäftigten, weil wir alle zwei Jahre ein Familienfest veranstalten“, dann muss ich Ihnen sagen, Herr Kollege Kamieth: Tariflöhne wären die bessere Wertschätzung.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Aber Ihre Politik sorgt doch gerade dafür, dass die Tariflöhne nicht bezahlt werden können, weil keine Refinanzierung von Ihrer Seite erfolgt und man mit

diesen 100 Millionen Euro weit hinter dem zurückbleibt, was wirklich erforderlich wäre.

Dann wird sich an zweiter Stelle gerühmt für das Alltagshelfer-Programm. Schauen Sie doch bitte einmal auf die Realität in Nordrhein-Westfalen: Diese Alltagshelfer müssen sich jetzt reihenweise vorsorglich arbeitslos melden, weil sie keine Planungssicherheit für das nächste Jahr haben.

(Charlotte Quik [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie hätten das ändern können, indem Sie eine KiBiz-Revision nach vorne gezogen und die Vorschläge der Opposition aufgegriffen hätten. Stattdessen verschieben Sie es auf 2026; das reicht nicht für unsere Kitas.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat sich noch die Abgeordnetenkollegin Frau Quik zu Wort gemeldet.

Charlotte Quik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushalt steht unter dem Anspruch, Verantwortung in schwierigen Zeiten zu übernehmen. Das tun wir; das ist, glaube ich, in der Debatte sattem deutlich geworden.

Kollege Maelzer, ich frage mich tatsächlich, mit welchen Alltagshelfenden Sie im Gespräch sind. Ich kenne tatsächlich keinen einzigen, der sich arbeitslos meldet, weil wir mit diesem Haushalt die Alltagshelfer verstetigt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Lügt euch doch nicht selbst in die Tasche!)

Ich würde gerne in diesem Zusammenhang das Thema „Kinderschutz“ noch einmal besonders aufrufen, denn auch hier setzen wir weiterhin Prioritäten. Nicht nur die schweren Missbrauchsfälle von Lügde, Bergisch Gladbach und Münster, die nur die Spitze des Eisbergs darstellen, haben noch einmal sehr deutlich gemacht: Wir alle müssen besser hinsehen und die Menschen stärker sensibilisieren.

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass Kinder sicher und geschützt aufwachsen; das ist eine große Herausforderung für die Politik. Vieles haben wir hier bereits gemeinsam erreicht; dennoch bleibt viel zu tun. Für uns ist es deshalb selbstverständlich, dass das Landeskinderschutzgesetz weiterentwickelt wird und wir uns nicht auf ersten Erfolgen ausruhen.

Mit den bereitstehenden Mitteln werden die Strukturen des Kinderschutzes auch zukünftig stetig weiterentwickelt und gestärkt. Prävention und Netzwerkarbeit werden noch besser verankert. Das Kinder-

schutzgesetz bietet einen wesentlichen Rahmen, denn es formuliert zentrale Maßnahmen für einen konsequenten Kinderschutz und stellt damit einen Meilenstein dar. Es wird bereits umgesetzt und zeigt vor Ort Wirkung.

Einige rechtliche Regelungen sind bundesweit einmalig. Nordrhein-Westfalen nimmt an vielen Stellen eine Vorreiterrolle im Kinderschutz ein. Wir haben neue Maßstäbe geschaffen, und es ist uns wichtig, nun an diesem Punkt weiterzuarbeiten. Es ist daher das richtige Signal, dass in diesem Bereich alle Mittel fortlaufen werden. Die Landesregierung setzt ihre Anstrengungen im Kinderschutz flankierend zum Landeskinderschutzgesetz weiter fort.

Die Einrichtung einer Beauftragung für Kinderschutz und Kinderrechte ist ein weiterer wichtiger Schritt und ein Etappenziel. In Theorie und Praxis gestärkt wird der Kinderschutz durch die Einrichtung einer Professur für Kinderschutz und Kinderrechte. Auch die Kinderschutzambulanzen und das Kompetenzzentrum Kinderschutz im Gesundheitswesen erfahren weiterhin Unterstützung.

Die Mittel für Maßnahmen der Gesundheitsförderung und zur Stärkung des Gesundheitswesens, unter die auch die Maßnahmen beim Kinderschutz fallen, wurden sogar um 1,5 Millionen Euro erhöht, denn eine wesentliche Rolle beim Erkennen von Kindeswohlgefährdungen, Kindesmisshandlungen und sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche haben die Akteure des Gesundheitswesens.

Bei der Klärung von Fragen im Zusammenhang mit dem Kinderschutz werden sie auch weiterhin unterstützt. Deshalb ist uns die Förderung von regional verankerten Kinderschutzambulanzen sowie des landesweiten Kompetenzzentrums Kinderschutz im Gesundheitswesen in NRW so wichtig.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Bestehende Strukturen können mit der Fortsetzung der Förderung des KKG NRW nicht nur gestärkt, sondern auch bedarfsgerecht ausgebaut und weiterentwickelt werden. Hinzu kommt, dass gleichzeitig eine zusätzliche Unterstützung für den Auf- und Ausbau der Kinderschutzarbeit vor Ort angeboten werden kann.

Dieser Haushalt zeigt einmal mehr: Nordrhein-Westfalen ist auf dem richtigen Weg, insbesondere beim Kinderschutz. Wir in Nordrhein-Westfalen haben den Kinderschutz in den Fokus unseres Handelns gerückt, Schwachstellen im Schutznetz aufgedeckt und geschlossen. Mehr Geld, mehr Personal, mehr Technik, mehr Befugnisse für die Behörden: Mit unseren parlamentarischen Initiativen sind wir in Nordrhein-Westfalen bundesweiter Vorreiter im Kinderschutz, und doch bleibt es eine große Herausforderung, unsere Kinder und Jugendlichen nachhaltig zu schützen. Kinderschutz ist und bleibt eine dauerhafte

gesamtgesellschaftliche Aufgabe. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Wir sind jetzt, wenn ich das richtig sehe, am Schluss der Aussprache zum Teil a) Familie, Kinder und Jugend des Einzelplans 07 und gehen über zu:

b) Flucht und Integration

In Verbindung mit:

Humanität und Ordnung in der Flüchtlingspolitik: Nach den Vorleistungen des Bundes muss auch Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag leisten, um irreguläre Migration zu reduzieren

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/6840

In Verbindung mit:

Der Bund muss seine Zusagen einhalten und Erstorientierungskurse als Basis für einen gelungenen Integrationsprozess qualitativ und quantitativ stärken.

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/6845

Ich eröffne die Aussprache und erteile hierfür dem Abgeordnetenkollegen Herrn Volkan Baran von der SPD das Wort.

Volkan Baran (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im letzten Jahr hat sich viel verändert. Was sich nicht verändert, ist, dass diese Landesregierung versucht, das Thema „Integration“ eher nebenbei zu behandeln. Das wissen wir spätestens, seitdem die Landesregierung keinen eigenen Staatssekretär mehr für den Bereich hat.

Sie tun immer so, als ob das ein kosmetisches Detail wäre, aber die Auswirkungen machen sich ganz konkret bemerkbar. Es gibt Gründe dafür, warum Sie Ihre selbst gesteckten Ausbauziele nicht erreichen. Das geht besser, liebe Frau Ministerin, egal, ob bei der Kommunikation mit Bürgerinnen und Kommunen, der Bereitstellung von Berichten oder auch der frist- und sachgerechten Beantwortung Kleiner Anfragen.

(Beifall von Marc Lürbke [FDP])

Sie wirken oft kopflos und überfordert. Es fehlt Ihnen an Entschlossenheit. Sie vermitteln das Gefühl, als ob Sie nicht wissen, was Sie tun, und das ist in dieser gegenwärtigen Situation fatal.

Ich bekomme regelmäßig Post von Trägern, die nicht mehr bereit sind, unter den gegebenen Umständen die soziale Beratung in Landesunterkünften aufrechtzuerhalten. Die ohnehin zu hohen Betreuungsschlüssel oder Beratungsschlüssel werden nicht eingehalten, sodass die Beratenden stark selbst psychologisch überlastet sind. Dadurch sind stark traumatisierte Menschen auf sich gestellt und erhalten keine Beratung, auf die sie aber angewiesen wären. Hier ließe sich durch eine angemessene Finanzpolitik vielleicht einiges heilen. Auch diese Angebote sind eine wichtige Grundlage für Integration.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen eine Integrationspolitik, die auch den Anspruch hat, zu gestalten.

Ja, die Zahl der Menschen, die aktuell auf der Flucht sind, ist aktuell hoch. Aber neben der Unterbringung, Versorgung und Integration der Menschen müssen wir mit Rechtspopulisten und Faschisten kämpfen, die die Krise nutzen, um den Diskurs weiter nach rechts zu rücken.

Äußerungen dahin gehend, die irreguläre Migration gegebenenfalls mit physischer Gewalt aufzuhalten, machen mich fassungslos. Das war 2016 zu Recht noch ein Aufreger bei Frauke Petry. Heute sind wir nach antisemitischen Flugblättern von Geschwistern, Vornamenrassismus, Zahnarztdebatten und fehlgeleiteten Leitkulturdebatten offenbar abgestumpft. Wir haben eine eklatante Empathielücke, die unsere demokratische Kultur in Gefahr bringt.

(Beifall von der SPD)

Ich habe auch keine Geduld, über Pull-Faktoren zu sprechen, die es nicht gibt. Ich habe keine Geduld, über Leistungskürzungen für Geflüchtete zu sprechen, statt da anzupacken, wo tatsächlich etwas versäumt worden ist, nämlich ausreichend Unterbringungskapazitäten zu schaffen, die nun stärker gefragte integrationspolitische Infrastruktur mit Mitteln auszustatten, den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern und die Anerkennung von Zeugnissen zu beschleunigen. Und ich habe erst recht keine Geduld, wenn Integration ausschließlich zu einem Thema der inneren Sicherheit verkürzt wird.

Nordrhein-Westfalen braucht eine Integrationspolitik, die sich zu einem modernen Einwanderungsland NRW bekennt, in dem wir leben. Dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört auch, dass alle Menschen mitgedacht werden müssen, also auch die mit internationaler Familiengeschichte.

Meine Kritik bleibt bestehen: Sie tun zu wenig für das Teilhaben und das Gestalten der Integration. Nach dem Ankommen und Unterbringen sind das aber die

wichtigsten Faktoren, die am meisten über das weitere Leben der Menschen entscheiden.

Das betrifft auch den gesellschaftlichen Umgang mit Menschen, die migrantisch gelesen werden. Noch immer haben sie auf dem Arbeitsmarkt und bei der Wohnungssuche mit Diskriminierung zu kämpfen, wird natürliche Mehrsprachigkeit nicht als Fähigkeit anerkannt und ist die Behördenkultur nicht dazu angetan, Vielfalt zu fördern. Das ginge mit einer interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes oder anonymisierten Bewerbungsverfahren anders. Aber Sie tun in diesem Bereich leider nichts.

Sie schmücken sich bei jeder Gelegenheit mit dem Titel „Einwanderungsland“. Nun tun Sie endlich was dafür, um das auch mit Leben zu füllen!

Es wird oft von Integration als Bringschuld der Ankommenden gesprochen. Aber auch wir als Aufnahmegesellschaft haben eine Mitverantwortung gegenüber den ankommenden Menschen. Ich habe das Gefühl, dass wir uns immer stärker davor wegducken, weil wir an dieser Stelle dem Thema nicht gerecht werden. All diese Punkte müssen wir anpacken – und Sie allen voran, Frau Ministerin.

Trotz aller Kritik möchte ich den Aufbau der Meldestelle für unterschiedliche Rassismusformen positiv hervorheben. Es ist wichtig, dass wir als Gesellschaft deutlich machen: Wir nehmen Rassismus als gesellschaftliches Problem ernst. Opfer von rechter Gewalt und Hassreden können sich auf uns, auf die demokratischen Kräfte in diesem Land, verlassen.

Darüber hinaus begrüße ich es sehr, dass die Meldestellen die Erfahrung der Migrantenselbstorganisation nutzen; denn sie sind das Rückgrat unserer integrationspolitischen Maßnahmen und integrationspolitischen Infrastruktur.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Im Allgemeinen – ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin – ist der Einzelplan 07 nicht genug für die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Deswegen lehnen wir ihn ab. Beim AfD-Antrag – die Inhalte kennen wir, er ist nachgebessert worden – werden wir uns enthalten. – Ich bedanke mich mit einem herzlichen Glückauf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat nun der Kollege Panske das Wort.

(Volkan Baran [SPD]: Die Enthaltung war zum FDP-Antrag! Entschuldigung! Ich habe mich versprochen! – Marc Lübke [FDP]: Alles gut! So haben wir das auch gehört!)

– Ich gehe mal davon aus, dass das so protokolliert ist.

Herr Kollege Panske, Sie haben das Wort.

Dietmar Panske (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mehr als 228.000 Menschen aus der Ukraine sind mittlerweile nach Nordrhein-Westfalen geflüchtet. Dazu kommen in diesem Jahr – Stand Oktober – 55.000 Menschen, die einen Erstasyantrag in Nordrhein-Westfalen gestellt haben. Die Folgen der Zuwanderung – ich glaube, darüber sind wir uns auch einig – tragen im Wesentlichen die Städte und Gemeinden, und deswegen danke ich auch allen Verantwortlichen in den Kommunen, in den Schulen, in den Kitas, in den Vereinen. Sie leisten wieder einmal Herausragendes.

Genau diese Herausforderungen von Integration und Migration spiegeln sich auch in diesem Einzelplan 07 wider. Und auch wenn der Haushalt 2024 in Nordrhein-Westfalen ohne Schulden gemacht wird, ist die finanzielle Lage in NRW kritisch; das klang heute auch schon einige Male an. Daher gilt es, sparsam zu sein, Schwerpunkte zu setzen, und das tun wir an unterschiedlicher Stelle: für Kinder, für Familien, für Bildung. Auch dazu haben wir heute schon einiges gehört.

Ich kann es den Vertretern von SPD und FDP leider nicht ersparen, aber mit einem Gruß nach Berlin: In solchen Zeiten geht es nun einmal darum, Prioritäten zu setzen, Spielräume zu nutzen und passgenaue Antworten zu geben. Das ist doch Kernauftrag von Politik. Deswegen sind unabhängig von diesem Einzelplan 07 Integration und Teilhabe auch immer eine Querschnittsaufgabe. Auch das klang eben in der vorherigen Debatte an.

Ich nenne als Beispiel die Sprach-Kitas. Alle sagen, diese seien enorm wichtig. Der Bund hat die Finanzierung eingestellt. Wir in Nordrhein-Westfalen haben die Finanzierung übernommen, damit das Angebot vorgehalten werden kann und auch die Strukturen erhalten bleiben.

Wir als CDU sind Kommunalpartei und verlässlicher Partner unserer Kommunen. Die auf dem Migrationsgipfel im Bundeskanzleramt vor gut drei Wochen zugesagte Pauschale des Bundes von 7.500 Euro pro Flüchtling werden wir eins zu eins an die Städte und Gemeinden weiterleiten. Aber Länder und Kommunen – auch das ist kein Geheimnis – haben viel mehr gefordert, weil sie viel mehr benötigen. Damit ist klar, dass die Refinanzierung der Kosten durch den Bund für die Kommunen nicht ausreichend sein wird. Und das ist auch keine Einzelbewertung von mir oder von der CDU. Ich empfehle allen, einmal die Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände dazu zu lesen. Die sind nämlich eindeutig.

Deswegen darf ich an dieser Stelle gerade die Vertreter von SPD und FDP motivieren und an sie appellieren: Nutzen Sie Ihren Einfluss auf die Bundesregierung, und sorgen Sie dafür, dass auch die

Kosten der Kommunen in Nordrhein-Westfalen refinanziert werden.

Als Land stehen wir zu unserer Verantwortung. Mit den kommunalen Spitzenverbänden ist fest vereinbart, dass wir die Kapazitäten im Landesaufnahme-system bis Anfang 2024 um netto 3.000 Plätze weiter ausbauen. Um schneller voranzukommen – das kann man dem Haushalt entnehmen –, schaffen wir bei den Bezirksregierungen 40 weitere Stellen für diesen Bereich.

Darüber hinaus bekommen die Zentralen Ausländerbehörden zusätzlich 5 Millionen Euro, um die Kommunen bei Fragen von Aufenthaltsrecht, Passersatzbeschaffung und Rückführungen zu entlasten. Das war auch ein Ansinnen der FDP.

Um den Gesamtzusammenhang zu verstehen, ist es wichtig, die 100 Millionen Euro für die Digitalisierung von Ausländerbehörden zu erwähnen, damit wir Verfahren beschleunigen können und eine Automatisierung von Arbeitsprozessen stattfinden kann.

Keine Frage: Die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten ist momentan eine riesige Herausforderung, aber Integration und Teilhabe – lieber Volkan Baran, du hast das gerade gefordert – als zentrale Aspekte gesellschaftlichen Zusammenhalts müssen wir gleichermaßen in den Blick nehmen. Das tun wir.

Wir haben die Pauschale für den Bereich des Teilhabe- und Integrationsgesetzes gesetzlich verankert, aber wir haben sie auch mit einer Dynamisierung versehen. Die Mittel steigen auf 138 Millionen Euro an. Damit schaffen wir Planungssicherheit für die Beratung vor Ort: Basissprachkurse für Arbeitsmarktintegration, bewährte Sprach- und Bildungsprogramme für Kinder sowie deren Eltern und weitere Angebote des niedrigschwelligen Spracherwerbs sind uns wichtig.

Wichtig für das Thema „Fachkräfteeinwanderung“: Wir werden die Anerkennung von Berufsqualifikationen von Menschen, die von außerhalb zu uns kommen wollen, mit 24 zusätzlichen Stellen unterstützen. Weitere zwölf Stellen sind bei der Bezirksregierung Münster angedacht, damit die berufliche Qualifikation der Menschen, die schon bei uns sind, viel schneller anerkannt werden kann und wir sie schneller in Arbeit kriegen.

Sie sehen es, liebe Kolleginnen und Kollegen: Prioritäten setzen, Spielräume nutzen, passgenaue Antworten geben – das ist Kern von Politik und das ist Kern dieser schwarz-grünen Koalition. Die Rahmenbedingungen für den Einzelplan 07 werden alle erfüllt. Deswegen werden wir dem Einzelplan auch zustimmen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun der Abgeordnetekollege Herr Lürbke das Wort.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mehrfach schon angekungen: Wir stehen unzweifelhaft vor gewaltigen Herausforderungen bei der Migrations- und Integrationspolitik.

Wenn ich mir diesen Haushalt anschau, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Grün, dann kann man schon den Eindruck bekommen, dass nicht alle in der Regierungskoalition verstanden haben, in welcher Situation wir sind. Ihre Migrationspolitik schwankt hier in Nordrhein-Westfalen leider weiter irgendwo zwischen grüner „Wünsch-dir-was-Politik“ und Arbeitsverweigerung. Ich habe das schon mehrfach erwähnt.

(Beifall von Volkan Baran [SPD])

Unsere Kommunen ächzen seit Monaten. Es fehlt an Unterbringungs- und Integrationsmöglichkeiten sowie an Kita- und an Schulplätzen. Die Situation, Frau Ministerin, wird absehbar weiter und weiter schwieriger.

Jetzt müssen wir einmal sachlich attestieren, wo wir stehen. Sie kommen bei den Landesunterkünften nur in homöopathischen Dosen, im Grunde kaum erkennbar weiter. Der Ausbau bleibt völlig ambitionslos.

Menschen ohne Bleibeperspektive werden auch weiter in die Kommunen überwiesen. Maßnahmen zur Bekämpfung von Asylmissbrauch hier aus Nordrhein-Westfalen bleiben ebenso Fehlanzeige. Die Einführung einer von uns schon seit Monaten geforderten Bezahlkarte und von mehr Sachleistungen hätten wir schon eher als durch die MPK haben können.

Man muss leider feststellen: Es fehlt dieser schwarz-grünen Koalition, dieser schwarz-grünen Migrationspolitik weiter an erkennbarer Ordnung und Steuerung.

(Beifall von der FDP)

Das einzig erkennbare – das hat man beim Kollegen Panske gerade auch wieder gesehen – ist der Fingerzeig nach Berlin. Der darf nicht fehlen. Darauf ist Verlass. Aber das reicht natürlich nicht. Das reicht nicht für Nordrhein-Westfalen. Ich kann Sie nur noch einmal auffordern: Machen Sie Ihre Hausaufgaben hier in Nordrhein-Westfalen. Da gibt es viel zu tun. Das bildet dieser Haushalt leider nicht vollumfänglich ab.

Ich möchte ein bezeichnendes Beispiel nennen. Nehmen wir einmal die MPK. Ministerpräsident Hendrik Wüst hat den jüngsten Beschluss von Bund und

Ländern, der durchaus richtig ist, sehr schnell als – Zitat- „kein ausreichendes Ergebnis“ bezeichnet. Das finde ich irritierend, wenn man Minuten vorher diesem Kompromiss, diesem Beschluss zugestimmt hat. Ich finde das sehr durchschaubar: in Berlin aus der Opposition heraus poltern und vieles fordern, aber bei Dingen, bei denen man selber als Schwarz-Grün in der Verantwortung steht, liebe CDU, muss man dann auch machen. Es ist unredlich, wenn man das dann hier nicht umsetzt.

(Beifall von der FDP und Volkan Baran [SPD])

Was in der Tat kein ausreichendes Ergebnis ist, das ist dieser Haushalt. Fragen Sie einmal die Kommunen. Ich weiß, das macht zwar keinen Spaß, aber fragen Sie die mal. Da wird die Note nicht „ausreichend“, sondern eher „mangelhaft“ bis „ungenügend“ sein.

Das fängt schon beim Versprechen der Landesregierung an, die zugesagten Mittel des Bundes vollständig an Städte und Gemeinden weiterzuleiten.

(Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

Denn Sie wollen diese ja zu einem großen Teil nicht aus dem regulären Haushalt finanzieren, sondern aus dem Sondervermögen. Ich finde, das ist – gerade nach dem aktuellen Urteil – verfassungsrechtlich höchst fragwürdig.

Die Oppositionsfractionen von SPD und FDP haben mehrfach kritisiert, dass Schwarz-Grün die Hälfte der Bundesmittel im eigenen Haushalt verbucht hatte. Erst nachdem der öffentliche Druck nicht mehr tragbar war – das ist die Wahrheit –, haben Sie dann die vollständige Weiterleitung angekündigt. Da war das Geld aber leider schon verplant. Schwarz-Grün bleibt jetzt nur noch übrig, mit dem Sondervermögen zu tricksen. Das finde ich sehr, sehr schwierig – gerade angesichts des aktuellen Urteils.

(Beifall von der FDP und Volkan Baran [SPD])

Im Fluchtkapitel wird keine ausreichende Vorsorge für den erwartbaren weiteren Anstieg der Zugangszahlen getroffen. Beim Ansatz für die FlüAG-Zuweisungen wären infolge des weiteren Anstiegs von Asylsuchenden deutlich höhere Zuweisungen an die Kommunen einzuplanen. Machen Sie aber nicht. Das wird im Haushalt so nicht dargestellt. Ich kann nur sagen: Die Kommunen werden sich bedanken, und zwar nicht mit Lob, sondern weiterhin mit einer Flut von Überlastungsanzeigen. Das wird der Situation so überhaupt nicht gerecht und ist am Ende eine Dokumentation des eigenen schwarz-grünen Scheiterns in dieser Frage.

Wenigstens in einem Punkt sind Sie den mehrmaligen Aufforderungen der FDP-Fraktion gefolgt. Das will ich hier lobend erwähnen, aber auch da kann ich nur sagen: Hätten wir eher haben können – nein, haben müssen. Denn in der Ergänzungsvorlage zum

Haushalt, nachdem Sie es vorher noch kritisiert haben, machen Sie es dann doch, nämlich: Die Stärkung der Zentralen Ausländerbehörden. Das ist sicherlich richtig. Das ist ein wichtiger Punkt, um Rückführung zu beschleunigen, aber das reicht letztendlich nicht aus.

Deswegen kann ich Ihnen nur sagen: Die Landesregierung muss weiter ihre Hausaufgaben machen. Es reicht nicht, nach Berlin zu zeigen, sondern Sie müssen sie hier in Nordrhein-Westfalen machen.

Wir haben in dem gleichzeitig zu beratenden Antrag der FDP-Fraktion auch sehr viele Punkte aufgeschrieben. Ich bitte um Zustimmung dazu. Beim vorliegenden Einzelplan kann ich Ihnen da keine Hoffnung machen. Der wird der Situation nicht gerecht. Wir werden ihn ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Abgeordnetenkollegin Frau Eglence das Wort.

Gönül Eglence (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg*innen der demokratischen Fraktionen! Manche hier wissen es: Ich bin das jüngste Kind von vier Schwestern. Wir treffen uns regelmäßig, alle vier bis sechs Wochen, ohne Anhang, wie sie sagen, zu gemeinsamen Ausflügen und gehen auch schon mal in Restaurants.

Das letzte Mal, als wir uns getroffen haben, war das Ziel ein Restaurant am Rhein in Köln. Auf dem Weg dorthin kontrollierte uns ein Schaffner, den ich hier mal Baschar nenne. Am Ziel angekommen trafen wir unseren Cousin, der früher mal Sommelier und Geschäftsführer eines Restaurants war. In dem Restaurant trafen wir dann einen seiner früheren Mitarbeiter, der dort jetzt als Küchenchef arbeitet. Ihn nennen wir Massud. Bedient wurden wir vorzüglich von – sagen wir mal – Malia, zwar nicht immer in Sätzen mit Subjekt, Prädikat und Objekt, aber es war genug, um überaus zuvorkommend und höflich zu sein.

Ich könnte diese Liste nun unendlich fortsetzen. Aber es ist vermutlich klar geworden, worum es geht. Wir sind eine Einwanderungsgesellschaft. Menschen kommen aus unterschiedlichsten Gründen zu uns. Wenn sie bleiben, sind sie in den allermeisten Fällen kaum aus unserem Alltag wegzudenken, ob nun im Restaurant, in der Bahn, in diversen Büros oder Handwerksunternehmen.

Zum Wunsch-dir-was-Konzert: Ich würde mir wünschen, die Welt wäre ein friedlicherer Ort und es müssten nicht so viele Menschen ihre Heimat verlassen, aber wir sind hier leider nicht im Wunschkonzert. Ich wünschte auch, alle die wollten, könnten schnell wieder nach Hause, aber wir sind hier leider nicht im

Wunschkonzert. Ich würde mir wünschen, wir könnten alle unsere Ideen umsetzen, aber auch hier gilt: Wir sind hier leider nicht im Wunschkonzert.

Wenn man dann in der Realität angekommen ist, Herr Lürbke, dann schaut man sich nach dem um, was wirklich dringend ist. Circa 9 % der Geflüchteten, die zu uns kommen, haben keine Bleibeperspektive. Dagegen sind es 49 % mit guter Bleibeperspektive. Alles dazwischen ist unklar und einzelfallbezogen, liebe FDP. Deshalb hilft Ihr Antrag an der Stelle so gar nicht weiter.

Stattdessen helfen unter den gegebenen Umständen zum Beispiel die 33 Millionen Euro mehr im Haushaltsplanentwurf für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten. Wir haben die Verantwortung, Menschen vor Obdachlosigkeit zu bewahren. Wir haben auch die Verantwortung, unsere Kommunen zu entlasten. Dafür sind 40 Planstellen für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten sowie 572 Millionen Euro Pauschalzahlungen nach dem FlüAG eingeplant. In Kombination mit der hundertprozentigen Anrechnung auf die Aufnahmequote sind das konkrete Maßnahmen statt Luftschlösser.

Nach dem Obdach kommt das Ankommen. Damit Baschar, Massud, Malia und die 49 % plus x für sich selbst sorgen können, ist es gut, dass wir in Nordrhein-Westfalen unsere integrationspolitische Infrastruktur dauerhaft und dynamisch absichern. Die Mittel wachsen also 2024 – das kennen Sie – auf 138 Millionen Euro an, zum Beispiel für das kommunale Integrationsmanagement, Integrationsagenturen und Migrantenorganisationen.

Dennoch ist klar: Es bleibt noch viel zu tun. Für einen schnellstmöglich gesicherten Aufenthaltsstatus wird es perspektivisch notwendig sein, zum Beispiel die Entbürokratisierung und Digitalisierung der Ausländerbehörden zügig voranzutreiben. Wir haben außerdem die Verantwortung, die strukturellen Grundlagen für einen diskriminierungsfreien und niedrigschwelligen Zugang zu Versorgung, Beratung und zu unserer Gesellschaft zu gewährleisten. Diese Aufgaben und weitere Fragen zum Beispiel zur Arbeitsmarktintegration werden wir als regierungstragende Fraktionen weiterhin aufmerksam begleiten. Ich kann daher also nur dafür werben, dem Entwurf zu folgen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun Frau Seli-Zacharias das Wort. Bitte sehr.

Enxhi Seli-Zacharias* (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Märchenstunde meiner grünen Vorrednerin möchte ich gerne zur Realität zurückkommen

(Gönül Eglence [GRÜNE]: Ich habe gerade die Realität geschildert! – Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU])

und mich heute konstatierend mit den Zahlen des uns vorliegenden Haushaltes auseinandersetzen.

(Zuruf von Gönül Eglence [GRÜNE])

– Sie können gerne reinrufen, aber bevor wir uns mit irgendwelchen Träumereien beschäftigen, sollten wir uns vielleicht mit den Zahlen auseinandersetzen, die den Menschen da draußen zu Recht auf der Seele brennen.

(Zuruf von Gönül Eglence [GRÜNE])

Wenn wir uns heute an dieser Stelle einfach mal nur fünf Minuten mit den Kosten für die Landesunterkünfte für Asylsuchende beschäftigen, wäre das ein richtiger Schritt mit Blick auf die Sorgen der vielen Menschen da draußen, die einfach nicht mehr nachvollziehen können, wie viel Geld hier rausgepulvert wird.

(Zuruf von Gönül Eglence [GRÜNE])

Das wäre auch ein Zeichen von Respekt, wenn wir heute über den Haushalt sprechen. Wir wissen, dass diese Landesregierung im Haushaltsjahr 2023 noch mit Kosten in Höhe von 591 Millionen Euro für den Betrieb der Unterkünfte kalkuliert hat. Inzwischen soll der Betrag auf unglaubliche 613 Millionen Euro für das Jahr 2024 erhöht werden. Das sind 51 Millionen Euro pro Monat. Das ist schon eine stolze Zahl, die man einfach mal im Hinterkopf haben sollte. Wesentliche Kostentreiber sind die Mietkosten in Höhe von 37,6 Millionen Euro und die Kosten für die Versorgungsdienstleister in Höhe von 420,8 Millionen Euro.

Hierbei pflegt die Ministerin eine verräterische Verschleierungsstrategie. Die Gründe dafür sind bekannt, und zwar nicht zuletzt seit uns zum Entsetzen der Ministerin und auch der Bezirksregierung Münster die entsprechenden Zahlen für die verhinderte ZUE im Viersternehotel Van der Valk Gladbeck zugespielt wurden.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Ach, die Geschichte ist jetzt aber alt! Meine Güte!)

Unglaubliche 16 Euro sollte hier beispielsweise die Verpflegungspauschale pro Person und Tag betragen. Ein Betrag, von dem manch ein Rentner nach einem harten Berufsleben nur nachts träumen kann.

(Zuruf von Simon Rock [GRÜNE])

Unglaubliche 35 Millionen Euro des Steuerzahlers fließen zusätzlich als freiwillige Leistung in die soziale Beratung von Flüchtlingen – auch einfach mal so on top.

Keinesfalls soll der Bürger weitere Details zur Verschwendungssucht dieser Landesregierung erfahren, wenn es um Flüchtlinge geht. Das ist immer

ganz wichtig. Das alles ist nämlich ein gutes Geschäft für die Wohlfahrtsindustrie, deren parlamentarischer Arm in diesem Hause wenig überraschend einen Ausbau auf um die 50.000 Unterbringungsplätze fordert. Allein die Betriebskosten würden sich so um geschätzt eine weitere Milliarde Euro pro Jahr erhöhen.

Intern uns zugespielte Papiere des Ministeriums zeigen, dass man im Jahr 2024 allein in Nordrhein-Westfalen mit 70.000 weiteren Zugängen kalkuliert. Um das kurz deutlich zu machen: Wir würden dann umgerechnet 140 Großunterkünfte à 500 Personen bzw. drei Großunterkünfte pro Kreis zusätzlich haben müssen, wohlgemerkt nicht für Frauen und Kinder aus der Ukraine – die Sie gerne als Alibi vorschieben –, sondern für meist junge Männer aus Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten. Die grüne Vorrednerin unterschlägt natürlich gerne, wie „friedlich“ die sind – es sind ja nur friedliche junge Männer, die überhaupt kein Gewaltpotenzial mitbringen.

Stattdessen könnte man an der Stelle sparsam sein und sich einfach mal um die wichtigen Themen kümmern, wie zum Beispiel die freiwillige Rückkehr, die Abschiebungen, die Zentralen Ausländerbehörden oder den Komplex der wirklichen Fachkräfte. Aber nein, in all diesen Fällen wird unser Mittelaufwuchs einfach so abgelehnt.

An der Stelle möchte ich betonen, dass wir insbesondere die Zentralen Ausländerbehörden weiter stärken und Aufgaben der Kommunalen Ausländerbehörden auf diese höhere Ebene verlagern möchten, unter anderem die Maßnahmen im Zusammenhang mit den Rückführungen. Das ist ein Bereich, in dem diese Landesregierung mehr als nur versagt. Man muss auch sagen, dass Rückkehrprogramme von Ihnen stiefmütterlich behandelt werden, wenn sie überhaupt Behandlung finden.

Die Tatsache, dass die CDU bei diesen Ausgabenpriorisierungen im Einzelplan einfach mitmacht und sich den Grünen vollends unterwirft, sagt sehr viel aus. Ich möchte an dieser Stelle an einen Tweet von Herrn Hendrik Wüst erinnern, der vor Kurzem twitterte – eigentlich war es fast schon ein Abschreiben aus dem AfD-Europawahlprogramm zum Stichwort „Ruanda-Modell“ –:

„Irreguläre #Migration muss nicht nur reduziert, nicht nur geordnet werden – sie muss beendet werden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, niemand nimmt Ihnen auch nur im Ansatz ab, dass Sie Grenzschutz ernst nehmen. Das ist letztendlich aber der einzige Weg, der dazu führt, dass wir diese Kosten nach unten schrauben können. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat jetzt Ministerin Josefine Paul das Wort. Bitte sehr.

Josefine Paul, Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! NRW kann auf eine gewachsene und gesetzlich verankerte Integrationsinfrastruktur bauen. Das Teilhabe- und Integrationsgesetz sichert diese Infrastruktur gesetzlich und finanziell ab.

Viele Bundesländer schauen mit Neid darauf, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine gut gewachsene Integrationsinfrastruktur haben und dass hier dauerhaft die Kommunalen Integrationszentren, das Kommunale Integrationsmanagement, die Integrationspauerschule des Landes, die Integrationsagenturen, die Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit sowie weitere Bereiche gefördert werden.

In das flächendeckende Kommunale Integrationsmanagement investieren wir mit 75 Millionen Euro fast die Hälfte des gesamten Integrationshaushalts und unterstützen damit sehr gezielt und konkret die Kommunen bei der Aufgabe der Integration, weil diese eben zentral ist.

Wir sind ein Einwanderungsland. Der eine oder andere aus dem Parlament mag das immer noch nicht so ganz zur Kenntnis genommen haben,

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

aber es ist eine gesellschaftliche Realität, und unser Umgang mit Einwanderung entscheidet über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Deshalb brauchen wir eine starke Integrationsinfrastruktur. Wenn wir über die Steuerung von Migrationsprozessen sprechen, gehört die bessere Steuerung von Integrationsprozessen und von Teilhabe zwingend dazu.

Als Landesregierung wollen wir die Potenziale und Kompetenzen von Zugewanderten und Schutzsuchenden für den Arbeitsmarkt besser heben. Dabei hilft unsere Integrationsinfrastruktur. Dabei helfen aber auch die derzeitigen gemeinsamen Prozesse mit dem Bund, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, insbesondere im Bereich der Entlastung der ABH. Das gilt es jetzt zügig weiter voranzutreiben. Wir sind auf einem guten Weg, aber klar muss doch sein, dass angesichts des Fach- und Arbeitskräftemangels unsere Strukturen Drehscheibe statt Nadelöhr sind und noch mehr werden müssen.

Ein Baustein, mit dem die nordrhein-westfälische Landesregierung einen weiteren Schwerpunkt beim Thema „Fachkräftegewinnung“ setzt: Mit der Stärkung der Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung durch einen deutlichen Stellenzuwachs unterstützen wir die notwendige Fachkräftezuwanderung und den Integrationsprozess gezielt.

Zudem stehen wir in der Verantwortung, geflüchteten Menschen zu helfen und ihnen Schutz zu gewähren. Hierzu zählt auch, diese in Aufnahmeeinrichtungen des Landes adäquat unterzubringen, sie zu betreuen und zu versorgen.

Wir stehen auch zu unserer Pflicht, die Kommunen in unserem Land bei der Unterbringung und Versorgung Geflüchteter zu unterstützen. Deshalb stehen im Haushalt 2024 im Asylkapitel als Mittelaufwuchs rund 67 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Außerdem stehen für die soziale Beratung von Geflüchteten, wie in den Vorjahren auch, Mittel in Höhe von 35 Millionen Euro zur Verfügung. Zudem werden wir die Erstattung der Kosten der Kommunen für die Zentralen Ausländerbehörden um 5 Millionen Euro erhöhen und hiermit auch einen wichtigen Beitrag zur Verfahrensbeschleunigung leisten.

Dazu braucht es nicht die Urheberschaft der FDP. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Strukturen für die Migration und die Integration in Nordrhein-Westfalen zu verbessern.

Die zentrale Herausforderung angesichts hoher Zuzugszahlen ist selbstverständlich die Unterbringung und Versorgung. Dabei nimmt das Landessystem eine wichtige Funktion bei der Pufferung und Steuerung von Migrationsprozessen ein.

Weil es in den Debatten immer wieder zum Thema gemacht wird, will ich noch einmal darauf hinweisen: Es gibt einen großen Unterschied zu den Jahren 2015/16. Er besteht nicht zuvorderst in der Platzzahl, sondern darin, dass damals 80 % der damaligen Landesplätze in Notunterkünften zu finden waren. Damals waren Notunterkünfte das, was man darunter versteht: notdürftig aus dem Boden gestampft, oftmals in Gemeinschaftseinrichtungen wie Turnhallen oder Gemeinschaftshäusern etc.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Das kann aktuell eben nicht der Weg sein. Es wäre gegenüber dem jetzigen Vorgehen ein absoluter Rückschritt, auch beim Thema „Steuerung von Prozessen“. Damals war die Registrierung, die medizinische Erstversorgung, die Steuerung der Prozesse bei Antragstellungen in enger Kooperation mit dem BAMF eben nicht Teil des Landessystems. Das ist der zentrale Unterschied, und deshalb ist es wichtig, dass wir diesen strukturierten Weg des Platzausbaus weiter gehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir hatten mit den kommunalen Spitzenverbänden verabredet, dass wir zum Anfang des Jahres 3.000 zusätzliche Plätze schaffen werden. Das wird ein Kraftakt, weil es nicht einfach ist. Das wissen auch Sie aus den Diskussionen vor Ort. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir das im Schulterschluss mit den Kommunen schaffen werden. Darüber hinaus wird der Kapazitätsaufbau auch weitergehen.

Die Steuerung von Migrationsprozessen haben aber weder Land noch Kommunen zentral in der Hand, sondern das liegt vielmehr beim Bund. Gerade die im Koalitionsvertrag verankerten Migrationsabkommen sind ein wichtiger Schritt, um mehr Steuerung von Migration, aber auch bei der Verbesserung der Rücknahmebereitschaft hinzubekommen. Nur da sehe ich zu wenig Drive seitens der Bundesregierung, diese Migrationsabkommen in die Tat umzusetzen.

Noch eine Anmerkung zum Thema der Bezahlkarten: Ja, es ist gut und richtig, dass es jetzt eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe dazu gibt, weil es entscheidend ist, dass wir Bundeslösungen in den Blick nehmen. Vor allem ist es entscheidend, dass es anschließend kein Bürokratiemonster wird. Deswegen braucht es jetzt einen Prozess, der mit Bund, Ländern und Kommunen für bundeseinheitliche Lösungen angelegt ist, die wirklich zu einer Entbürokratisierung und nicht zu einer Mehrbelastung der Kommunen in der aktuellen Situation führen. Es wird sich zeigen, wie das dann umsetzbar gemacht werden kann, damit die Geflüchteten, aber vor allem die Kommunen davon profitieren.

Eine letzte Anmerkung sei mir an der Stelle doch noch gestattet, dass es damals der FDP-Teil der Landesregierung war, der mit Blick auf die Bürokratie die Einführung einer Bezahlkarte in der letzten Legislaturperiode abgelehnt hat.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache für den Bereich Flucht und Integration.

Wir kommen jetzt zur Aussprache für den Bereich:

c) Gleichstellung

Kollegin Anja Butschkau aus der SPD-Fraktion hat jetzt das Wort. Bitte sehr.

Anja Butschkau (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! In Krisenzeiten brauchen die Menschen einen starken Staat, der ein sicheres Netz aufspannt, durch das niemand fällt. Das nenne ich, das nennen wir Solidarität.

Aber diese Solidarität und die soziale Sicherheit in Nordrhein-Westfalen sind gefährdet. Das wurde uns am 19. Oktober sehr deutlich vor Augen geführt – am 19. Oktober, als 25.000 Beschäftigte aus den sozialen Berufen vor dem Landtag eindrucksvoll aufzeigten, dass die Landesregierung unseren Sozialstaat gerade vor die Wand fährt.

(Beifall von der SPD)

Denn soziale Dienstleistungen brauchen eine kostendeckende Finanzierung. Solidarität gibt es nicht zum Nulltarif. Mit steigenden Tarifen und Sachkosten sehen sich auch die Träger der Frauenhilfe konfrontiert. Zwar streicht die Landesregierung hier nicht – wie andernorts – Fördermittel; die geplanten Zuschüsse bleiben jedoch trotz Dynamisierung weit hinter der Realität zurück.

Die Finanzierungslücken der Träger der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen steigen deshalb weiter an. Die Existenz vieler Träger ist gefährdet. Dabei wird gerade in Krisenzeiten deutlich, wie wichtig eine zuverlässige Frauenhilfeeinfrastruktur ist.

Die Zahl der Fälle häuslicher Gewalt steigt nach NRW-Lagebild „Häusliche Gewalt“ 2021 um 5,5 %, nach Bundes-Lagebild 2022 sogar um 8,5 %. Jeden Tag versucht ein Mann in Deutschland, seine Partnerin oder seine Ex-Partnerin zu töten, jeden dritten Tag gelingt es. Wir brauchen also einen Turbo für den Ausbau des Frauenhilfenetzes. Das Hilfenetz muss deshalb ausgebaut werden.

Doch nach einer in den Sand gesetzten Bedarfsanalyse der Landesregierung haben wir knapp fünf Jahre später immer noch keinen Überblick darüber, wo es eine Unterversorgung gibt. Die Folge ist: Betroffene Frauen reisen immer noch kreuz und quer durchs Land, um überhaupt einen freien Schutzplatz zu finden. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist skandalös.

In so einer Situation 300.000 Euro im Haushalt einzusparen, ist deshalb unsinnig. Diese Kürzung muss zurückgenommen werden.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Existierende Frauenhausplätze einfach in die Landesförderung aufzunehmen, ist auch keine ausreichende Lösung, denn damit wird kein zusätzlicher Schutzplatz geschaffen. Unser Maßstab ist und bleibt die Istanbul-Konvention. Für uns gilt weiter das Ziel: Jede hilfeschuchende Frau muss ein Recht auf einen Schutzplatz haben.

Ich möchte gerne noch auf ein paar weitere Aspekte des Haushalts eingehen. Zunächst einmal begrüßen wir es ausdrücklich, dass die Kompetenzzentren Frau und Beruf nach dem Wegfall der europäischen Förderung erhalten bleiben. Die Kompetenzzentren leisten wichtige Arbeit bei der Gleichstellung von Frauen im Beruf. Mit Erfolg haben wir in den letzten Jahren dafür gekämpft, dass sie das auch in Zukunft tun können.

Unglücklich wiederum sind die teils massiven Kürzungen im Queer-Bereich, zum Beispiel bei Projekten des Queeren Netzwerkes NRW, den Regenbogenfamilien und bei LSBTIQ* inklusiv. Das ist gerade in Zeiten zunehmender Queerfeindlichkeit auch in

diesem Haus das falsche Signal. Regenbogenfamilien und Queers mit Handicap müssen gestärkt werden. Die schwarz-grüne Landesregierung macht jedoch das Gegenteil.

Ich freue mich, dass wir morgen einen gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen beschließen werden, um Endometriose-Betroffenen den Rücken zu stärken. Das darf aber nur ein erster Schritt sein. Zu viele Frauen leiden jahrelang unter Schmerzen, weil ihre Erkrankung unentdeckt bleibt. Das können und das müssen wir ändern. Deshalb fordern wir in unserem Änderungsantrag 150.000 Euro für eine Aufklärungskampagne, die Betroffene sensibilisiert.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich mache es kurz: Der schwarz-grüne Haushaltsentwurf wird den Herausforderungen in der Frauen- und Gleichstellungspolitik nicht gerecht. Deshalb lehnen wir ihn ab. – Herzlichen Dank und Glück auf! Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion hat die Kollegin Heike Troles das Wort. Bitte sehr.

Heike Troles (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zukunftscoalition von CDU und Grünen arbeitet aus Überzeugung an der Verwirklichung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die eine echte Gleichstellung der Geschlechter befördern. Dies gilt gerade jetzt, in gesellschaftlich unruhigen und wirtschaftlich herausfordernden Zeiten.

Mit unserer Politik der Verbindlichkeit und Verlässlichkeit sorgen wir für Vertrauen bei den Akteurinnen und Akteuren und für Berechenbarkeit, wenn es um die Finanzierung von Strukturen und Projekten geht. Das ist auch ein Zeichen der Wertschätzung für die wichtige Arbeit, die hier landauf, landab und an jedem Tag des Jahres in Nordrhein-Westfalen geleistet wird. Hierfür sage ich den Menschen, die sich mit Kompetenz und Herzblut engagieren, von dieser Stelle aus meinen herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Aus dem Kapitel „Gleichstellung von Frauen und Männern“ finanzieren wir erstens Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Männer, zweitens die Arbeit mit Tätern und gegen häusliche Gewalt, drittens die Förderung der gesellschaftlichen und politischen Partizipation von Frauen, viertens die Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst, fünftens die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen bei der Gewinnung und Bindung weiblicher Fachkräfte und sechstens die quantitative und qualitative Verbesserung der Erwerbstätigkeit von Frauen.

Aus der Fülle der genannten Themen ergibt sich die hohe gesellschaftliche Relevanz dieses Bereichs. Eben dieser hohen gesellschaftlichen Relevanz und der von mir beschriebenen Haltung der Zukunftscoalition von CDU und Grünen trägt der vorliegende Haushaltsentwurf angemessenen Rechnung.

Ich nenne Ihnen hierfür gerne einige konkrete Beispiele: Trotz angespannter Haushaltslage sorgen wir bei unserem einzigartigen Frauenunterstützungssystem für Kontinuität und einen weiteren Aufwuchs der Mittel. So ist es uns möglich, die Frauenhäuser in unserem Land mit der Förderung einer Fachkraftstelle für die Arbeit mit den in der Einrichtung lebenden Kindern zu unterstützen.

Für alle aktuell 68 landesgeförderten Frauenhäuser stehen dafür im Haushaltsjahr 2024 knapp 3 Millionen Euro zur Verfügung. Für das Haushaltsjahr 2024 ist zusätzlich die Anpassung der Personalausgabepauschale für das Frauenunterstützungssystem im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes vorgesehen. Auch dies ist in diesen Zeiten ein klares und wichtiges Zeichen.

Unser Engagement gilt aber genauso dem Gewaltschutz von Männern und der Pflege des Opferchutzportals. Die Verstärkung von flächendeckenden und niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten für männliche Gewaltopfer ist der Zukunftscoalition von CDU und Grünen deshalb ein Herzensanliegen und ein fester Bestandteil unserer Finanzplanung.

Nach der Weiterentwicklung der Kompetenzzentren Frau und Beruf im Rahmen der bereits vorgenommenen Anschlussfinanzierung freue ich mich, dass wir den Kompetenzzentren mit einem deutlichen Mittelaufwuchs in Höhe von 4,5 Millionen Euro in der Titelgruppe 62 eine neue und verlässliche Perspektive anbieten können.

Außerdem werden wir im kommenden Jahr gemeinsam mit IT.NRW einen digitalen Lohnatlas von Nordrhein-Westfalen verwirklichen und damit für ein deutliches Mehr an regionaler Transparenz bei der Entlohnung sorgen.

Wir unterstützen auch die bunte Vielfalt in unserem Land, indem wir kleine CSD finanziell unterstützen und die Arbeit der LSBTIQ-Strukturen und -Projekte fördern – und zwar aus Überzeugung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies sind selbstredend nur einige von vielen Beispielen. Die Zukunftscoalition von CDU und Grünen sorgt mit dem vorliegenden Entwurf für Klarheit und Verlässlichkeit. Allen, die im Zuge der Beratungen zu diesem gemeinsamen Erfolg beigetragen haben, sage ich ein ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Gemeinsam werden wir unsere erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Denn das ist im Interesse der Menschen und des Landes Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat jetzt die Kollegin Franziska Müller-Rech das Wort.

Franziska Müller-Rech¹⁾ (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zeiten im Land sind sehr herausfordernd. Doch leider wird auch dieser Einzelplan des Haushalts diesen herausfordernden Zeiten nicht gerecht. Die Prioritätensetzung der Landesregierung in diesem Haushaltsentwurf ist nicht schlüssig. Ich möchte das an drei Stellen im Haushalt exemplarisch darstellen.

Ich komme als Erstes zum Thema „Gewaltschutz“. Ausgerechnet beim Gewaltschutz – das betrifft sowohl Frauen als auch Männer als auch den Opferchutz – wird gekürzt. Das ist komplett verantwortungslos in diesen schwierigen Zeiten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Mittel sind sowieso schon gering, und inflationsbedingt – das wissen wir alle – steigen die Kosten für die Träger, die diese wichtigen Gewaltschutzangebote machen. Die Träger gehen jetzt schon an die Grenzen ihrer eigenen finanziellen Fähigkeiten. Bürokratieabläufe kommen noch hinzu. Auch die Personalkosten steigen. Diese Personalkostensteigerungen sind Gehaltserhöhungen, für die sie seit Jahren kämpfen und die gerechtfertigt sind. Nur: Das Land lässt die Träger hier leider komplett im Regen stehen.

Der aktuelle Anstieg der Zahlen von häuslicher Gewalt – insbesondere in und nach der Coronakrise – zeigt den enormen Handlungsbedarf auf. Die Situation ist verschärft, und die Verbände drängen dringend auf Unterstützung. Die Antwort der Landesregierung: ein dröhnendes Ohren-Zuhalten und weitere Kürzungen. Das dürfen wir hier in diesem Land nicht hinnehmen.

(Beifall von der FDP)

Ich komme zum zweiten Thema, den Förderpauschalen, die auch schon angesprochen worden sind. Die Dynamisierung von 1,5 % ist durchaus ein positives Signal. Der Mehrbedarf wird allerdings nicht gedeckt, indem man die Inflation für ein paar Plätze aufhängt. Das ist richtig, aber dadurch entsteht nicht ein einziger Platz mehr.

Wenn Sie sich in die Lage einer vor Gewalt Schutz suchenden Frau versetzen, die einen Platz in einem Frauenhaus sucht, dann blickt sie auf eine Karte

voller roter Häuser ohne verfügbare Plätze. Wenn wir so eine eklatante Situation haben, dann können Sie sich nicht damit rühmen, dass Sie jetzt die Inflationsausgleiche machen, sondern dann müssen Sie dringend ausbauen. Diese Chance verpassen Sie.

Dabei haben wir insbesondere den ländlichen Raum noch nicht berücksichtigt. Für Menschen, die Schutz vor Gewalt suchen, ist es insbesondere im ländlichen Raum noch schwieriger als in den städtischen Gebieten. Auch dieser Anforderung werden Sie nicht gerecht.

Stattdessen stärken Sie den Bereich „Gleichstellung und Potenzialentwicklung in Beruf und Gesellschaft“. Auch wir – das steht völlig außer Frage – wollen Frauen im beruflichen Leben stärken.

Ich komme jetzt auf die Kompetenzzentren Frau und Beruf zu sprechen. Ja, wir haben gesehen, dass die EFRE-Mittel dafür wegfallen. Das stimmt. Aber Sie haben immer noch nicht schlüssig erklärt, warum die Landesregierung in diesen Zeiten, in denen so wenig in Gewaltschutz investiert wird, ausgerechnet hier mit 4,5 Millionen Euro einspringt. Wenn die Mittel knapp sind, ist das eine absolut falsche Prioritätensetzung. 4,5 Millionen Euro mehr für ein Programm einsetzen zu wollen, das auch bei der Evidenzbasierung Lücken aufzeigt, wenn wir gleichzeitig Gewaltschutz nicht realisieren, ist absolut fragwürdig. Diese Prioritätensetzung machen wir nicht mit.

(Beifall von der FDP)

Ich komme zum dritten Punkt: zum queeren Leben. Das queere Leben in NRW ist von dem Problem des Gewaltschutzes ebenfalls massiv betroffen. Eine Erhöhung der Förderung durch die Politik für Lesben, Schwule, bisexuelle, trans*, inter*, nichtbinäre und queere Menschen ist an der Stelle nicht ausreichend. Wir müssen auch in diesem wichtigen Bereich die Strukturen stärken und weiter ausbauen, weil die Gewalt gegen queere Menschen steigt.

Angesichts dieser Gewaltsteigerung schwächt die Landesregierung ausgerechnet diese wichtige Arbeit. Es ist so wichtig, dass wir jetzt die Präventionsarbeit gegen diese stärker werdenden gesellschaftlichen Tendenzen zur Ablehnung von queerem Leben stärken. Doch hier lässt die Regierung die queere Community allein.

(Beifall von der FDP)

Wir haben die Förderung kleiner CSDs gefordert und ordentlich Druck gemacht. Wir freuen uns, dass diese Förderung jetzt gekommen ist. Aber es wird nicht ausreichen, nur kleine CSDs weiter zu fördern, wenn wir gleichzeitig vor diesem massiven Gewaltproblem stehen. Dem müssen wir uns dringend auch gesamtgesellschaftlich entgegenstellen. Sie wissen selber, dass auch in diesem Hohen Haus diese Diskriminierung und auch verbale Gewalt gegen queere Menschen stattfindet. Sie haben es hier vor Augen,

aber trotzdem verschließen Sie die Augen davor und investieren an den falschen Stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Die dringendsten Probleme zu ignorieren, ist wirklich eine besondere Kunst. Es geht hier nicht alleine um das Geld, sondern es geht um die Schicksale, die hinter all diesen von Gewalt betroffenen Menschen stecken.

(Zuruf: Ja!)

Das Leid der von Gewalt betroffenen Frauen und queeren Menschen verstärkt sich täglich. Das Mindeste wäre es, diese Mittel nicht zu kürzen. Das Beste wäre es, die von Gewalt betroffenen Menschen in NRW bestmöglich zu unterstützen. Wir hoffen, mit unseren Änderungsanträgen diese Lücke zu schließen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat nun die Kollegin Laura Postma das Wort.

Laura Postma (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! In der heute schon vielfach beschriebenen Zeit multipler Krisen und Herausforderungen setzen wir auch im Bereich „Gleichstellung und Frauen“ ganz klare Prioritäten, damit jeder Mensch in NRW gleichberechtigt und sicher leben kann. Das spiegelt der Haushaltsentwurf, der von der Ministerin eingebracht wurde, wider.

Wir haben im Jahr 2023 bereits weitere Frauenhäuser in die Landesförderung aufnehmen und damit die Zahl der Schutzplätze für Frauen auf 676 steigern können. Für das kommende Jahr 2024 stellt das Ministerium zusätzliche Gelder für die Aufnahme weiterer Frauenhäuser in die Landesförderung zur Verfügung. Die Förderpauschalen für jeden Platz in einem Frauenhaus erhöhen wir von 7.000 auf 10.000 Euro.

Aber in Frauenhäusern leben nicht nur Frauen, sondern auch rund doppelt so viele Kinder. Seit Frühjahr dieses Jahres fördern wir daher die wichtige Fachkraftstelle für die Arbeit mit Mädchen und Jungen in den Frauenhäusern. Diese Erhöhung von Frauenhausplätzen bedeutet für betroffene Frauen eine wichtige Möglichkeit, häuslicher und lebensbedrohlicher Gewalt zu entgehen. Sie stellt einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Umsetzung der Istanbul-Konvention dar. Wir sind daher sehr froh, dass es die Ministerin trotz der derzeitigen Finanzlage geschafft hat, hier nachhaltige Verbesserungen zu erwirken.

Ja, liebe Kolleginnen von SPD und FDP, in dieser angespannten Haushaltslage gehören geringfügige Anpassungen auch in diesem Einzelplan dazu. Das gehört ehrlicherweise zur Arbeit dazu, und es ist auch

nur ehrlich, das hier transparent zu benennen. Aber fest steht auch, was wir im Fachausschuss bereits hinreichend besprochen haben: Durch diese Anpassungen werden keine geplanten Maßnahmen in der so wichtigen Frauenhilfeeinfrastruktur gefährdet, und sie beeinträchtigen auch die Weiterentwicklung der Infrastruktur nicht. Die geplanten Vorhaben der Landesregierung sind weiterhin abgesichert.

Auch die Beratungsangebote für Frauen werden ausgebaut. Die Träger der Männerschutzwohnungen sowie das Hilfetelefon „Gewalt an Männern“ können ihre Arbeit im nächsten Jahr fortführen. Das Projekt „YUNA“ zur Prävention von weiblicher Genitalbeschneidung wurde verstetigt. Weitere Projekte sind geplant.

Zur Frage der Gleichstellung im Erwerbsleben durfte ich mir schon im Ausschuss und auch hier wieder anhören, dass wir diese Förderung gar nicht bräuchten und sie unterlassen könnten. Dazu kann ich nur sagen: Im Angesicht des Fachkräftemangels können wir es uns nicht länger leisten, 50 % der Kompetenz in unserer Gesellschaft einfach brachliegen zu lassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hier ist die Arbeit der Kompetenzzentren Frau und Beruf wirklich unerlässlich. Das habe ich mir vor Ort angeschaut und habe in den Kompetenzzentren gesehen, wie gezielt sie auf kleine und mittlere Unternehmen zugehen und welche gute Arbeit sie leisten, um Frauen wieder in die Erwerbsfähigkeit zu bringen. Sie haben eine ganz wichtige Scharnierfunktion sowohl für Unternehmen als auch für weibliche Arbeits-, Fach- und Führungskräfte, und sie sind ein Baustein zur Behebung des Fachkräftemangels mithilfe eines Bereichs, der auch heute noch viel zu wenig mitgedacht wird: das Potenzial der Frauen. Deswegen freue ich mich ganz besonders, dass wir sie abgesichert haben.

Liebe FDP, Sie haben sich im Antrag schon enthalten; insofern ist es nur konsequent, dass Sie das hier auch so vortragen. Ich freue mich, dass die SPD im Gegensatz zur letzten Enthaltung bezüglich der Wichtigkeit der Kompetenzzentren zustimmen kann.

Auch für die queere Community in NRW haben wir in diesem Jahr und für 2024 viel erreichen können. In der Titelgruppe 75 zum Beispiel verzeichnen wir einen Aufwuchs von knapp 640.000 Euro auf mehr als 3,2 Millionen Euro für LSBTIQ.

Um auf die Regenbogenfamilien einzugehen: Mit einem Änderungsantrag, der 25.000 Euro mehr zur Förderung der Familienverbände vorsieht, stärken wir auch die Regenbogenfamilien. Mit all diesen Mitteln stärken wir unter anderem queere Strukturen im ländlichen Raum und auch die psychosoziale Beratung. Wir haben erst in der letzten Plenarwoche die Landesregierung beauftragt, eine Lebenslagen-

studie durchzuführen, und wir fördern CSDs für mehr Sichtbarkeit und Akzeptanz der vielfältigen queeren Community hier bei uns in NRW. In der letzten Plenarwoche mussten wir leider auch erleben, wie wichtig es ist, dass viele Organisator*innen in diesem Jahr genau diese Fördermittel für zusätzliches Sicherheitspersonal nutzen konnten.

Die Fälle, in denen queere Menschen Diskriminierung erfahren, müssen ernst genommen und dokumentiert werden, auch wenn sie unter die Grenze der Strafbarkeit fallen. Dafür erhält die neu etablierte Meldestelle für Queerfeindlichkeit weiterhin Mittel, um ihre Arbeit aufnehmen und etablieren zu können und als Ansprechpartnerinnen für Opfer von Diskriminierung zur Verfügung zu stehen.

Insgesamt setzen wir also ganz klare Prioritäten bei den Themen „Gewaltschutz“, „Gleichstellung“ und „Vielfalt“ – gegen Diskriminierung, Hass und Hetze. Denn bei den antidemokratischen Einstellungen, die gerade in unserer Gesellschaft versuchen, laut zu werden, ist es mir besonders wichtig, noch einmal ganz deutlich zu sagen: Alle Menschen haben unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität, ihrer Herkunft, ihrer Religion und ihrem Alter das Grundrecht, bei uns in NRW in Würde sowie frei von Diskriminierungen und Angst zu leben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir werden ihnen Sichtbarkeit verschaffen, wo sie sich Sichtbarkeit wünschen, und wir werden sie schützen, wo sie Schutz brauchen. Dazu trägt nicht zuletzt dieser Haushaltsentwurf bei, dem wir daher gerne zustimmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat jetzt Frau Seli-Zacharias das Wort.

Enxhi Seli-Zacharias^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Zeiten knapper finanzieller Mittel und einer – das sei an dieser Stelle deutlich betont – durch die Politik weitestgehend selbstverschuldeten Rezession müssen alle Ausgaben im Haushalt einer genauen Prüfung unterzogen werden. Dass die Landesregierung und zuvorderst Frau Ministerin Paul zu dieser Prüfung nicht fähig ist, zeigt der Haushalt in dem Bereich „Gleichstellung“ sehr deutlich.

Eine Zahl reicht aus, um genau das zu verdeutlichen: Die Leistungen mit queerpolitischem Bezug steigen über alle Ressorts hinweg von 6,1 Millionen auf 7,7 Millionen Euro. Das entspricht einem Zuwachs von rund 25 %. Nach einem Sparhaushalt sieht das nicht aus. Die geplanten Leistungen aller Ressorts mit frauenpolitischem Bezug steigen hingegen nur um

rund 7 %. Anstatt wirkliche Probleme anzugehen, wird Politik also rein ideologisch betrieben.

Im Rahmen dieser Haushaltsberatung lernen wir eigentlich – das ist mit wirklich –, dass es gar nicht um Frauen und Gleichstellung geht. Am Ende des Tages geht es um Queerpolitik. Denn anstatt bei den Frauenhäusern und bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen für eine auskömmliche Finanzierung zu sorgen, setzen Sie das Geld lieber für das Anliegen der queeren Szene ein. Na ja, die hat inzwischen auch eine starke Lobby.

Das kann man so machen. Dann müssen Sie sich aber die Frage gefallen lassen, warum Sie die Prioritäten ausgerechnet hier setzen und Politik für eine Minderheit machen, während Sie doch bitte eine Mehrheit im Blick behalten sollten. Das ist schlichtweg schwer zu beantworten und insgesamt auch schwer nachzuvollziehen, wie wir immer stärker sehen. Das hat sehr wenig mit Ausgrenzung zu tun, sondern den Menschen fehlt schlichtweg Verständnis dafür, wie Sie Prioritäten setzen.

Man kann gerne meinen, dass die Gewalt gegen queere Menschen zunimmt. Am Ende des Tages hat das etwas mit Zuwanderung zu tun, auch wenn die Grünen das ungern hören. Das spiegelt sich auch in der Kriminalstatistik wider. Wir verzeichnen keinen direkten Anstieg, sondern es gibt an dieser Stelle sogar eine Reduzierung; wir haben das auch im Ausschuss diskutiert. Das tut aber nichts zur Sache, wenn wir uns die spezifischen Angriffe anschauen und woher diese Angriffe kommen.

In allen Fällen lohnt es sich aber definitiv, sich den Empfängerkreis der Queerpolitik in Nordrhein-Westfalen einmal ganz genau anzuschauen. Finanziert werden nämlich dubiose Vereine mit noch dubioseren Projekten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Damit kennen Sie sich ja aus!)

Unter den Geförderten findet sich der Queeres Netzwerk NRW e. V. mit über 200.000 Euro. Der SVLS e. V., anyway e. V. und together erhalten zusammen ebenfalls einfach mal ganz schnell über 200.000 Euro. Man könnte den Eindruck gewinnen, Sie würden hier Ihr eigenes links-grünes Vorfeld finanzieren.

Am Ende des Tages gibt es aber auch einen Funken Hoffnung, denn die AfD wirkt. Bereits im vergangenen Jahr forderten wir einen Aufwuchs der Mittel für die Beratung von Frauen, die von Zwangsheirat und Genitalverstümmelung betroffen sind. Sie haben den entsprechenden Titel im Haushalt jetzt immerhin um 700.000 Euro erhöht und damit unserer Forderung aus dem vergangenen Jahr entsprochen. Da gehen wir mit. Das finden wir gut.

Trotzdem muss man an dieser Stelle sagen, dass das mit Blick auf die Entwicklung im Land – ich habe das gerade schon einmal kurz angesprochen –

schlichtweg eine Bekämpfung von Symptomen ist. Wir brauchen hier eine richtige Infrastruktur, um an die Wurzel des Problems zu gelangen. Das hat wiederum etwas mit Einwanderung zu tun. Ich weiß jedoch, dass Sie in diesem Zusammenhang natürlich nicht hören wollen, wenn wir über die Einwanderung aus patriarchalischen Strukturen und Gesellschaften sprechen. Das würde auch nicht in Ihr Weltbild passen.

Zuletzt möchte ich mich auf einen ganz wesentlichen Punkt beziehen, den natürlich auch niemand von Ihnen angesprochen hat. Es handelt sich um das Thema „Unterhaltsvorschuss“. Wir alle wissen, was das für ein Kostenposten ist und welche Realität sich hier inzwischen abzeichnet.

Ich möchte kurz aus meiner Kommune berichten. In Gelsenkirchen haben sich die Ausgaben für den Unterhaltsvorschuss innerhalb von fünf Jahren um 75 % gesteigert. Neben Faktoren wie Alleinerziehenden etc. ist dafür ein Aspekt, der selbst über den Stadtsprecher bekannt gegeben wurde, der Zuzug von jungen Menschen aus dem Ausland. Das ist ein entscheidender Grund für diese Kostenexplosion. Wir alle kennen auch die Rückgriffsquote, die mehr als lächerlich ist. Fakt ist also, dass diese Kosten von der Allgemeinheit zu tragen sind.

Wir sagen ganz klar: Vater Staat ist nicht dafür da, Elternpflichten aufzufangen, und zwar erst recht nicht, wenn es um organisierte Strukturen geht, die sich hier Geld erhaschen. Deswegen liegt Ihnen auch ein Änderungsantrag von uns vor, bei dem es darum geht, diese Form des Betrugs nachhaltig zu bekämpfen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat Ministerin Josephine Paul das Wort.

Josefine Paul^{*)}, Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gerade in krisenreichen Zeiten gilt: Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Zugehörigkeit oder ihrer Herkunft selbstbestimmt, respektiert, geschützt vor Gewalt und in Frieden leben können.

Trotz einer äußerst angespannten Haushaltslage haben wir deshalb dafür Sorge getragen, dass die notwendige geringfügige Anpassung der Ansätze in den Titelgruppen 61, 63 und 64 im Haushaltsentwurf 2024 die Umsetzung der geplanten Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Infrastruktur nicht beeinträchtigen wird. Ich möchte das unterstreichen, damit es nicht immer weiter anders kolportiert wird. Das gilt insbesondere für den weiteren Ausbau unseres

schon jetzt sehr differenzierten Frauenhilfe- und Unterstützungssystemen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sorgen mit unterschiedlichen Maßnahmen für Kontinuität und einen weiteren Aufwuchs. Damit stärken wir den Gewaltschutz in Nordrhein-Westfalen. Es wurde bereits erwähnt: Fünf langjährig bestehende Frauenhäuser konnten 2023 in die Förderung aufgenommen werden. Das bedeutet natürlich erst einmal keine zusätzlichen Plätze, Frau Butschkau. Wichtig und entscheidend ist aber, dass durch die Absicherung mit Landesmitteln Sicherheit für die bestehenden Strukturen geschaffen wird. Das ist für die Frauenhilfeeinfrastruktur eine ganz wichtige Botschaft.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Darüber hinaus ist für 2024 die Aufnahme weiterer Frauenhäuser in die Landesförderung geplant, und seit April 2023 ist die zusätzliche Fachkraftstelle für die Arbeit mit den im Frauenhaus lebenden Mädchen und Jungen an den Start gegangen. Für 2024 erwarten wir weitere Anträge aus den Frauenhäusern. Auch das ist eine ganz wichtige Ergänzung in unserem Gewaltschutzsystem.

Die jährliche Förderpauschale für jeden Platz der Mindestzahl von acht Schutzplätzen in den Frauenhäusern werden wir ab 2024 von derzeit 7.000 auf dann 10.000 Euro erhöhen.

Auch die Pauschalen für die Personalausgaben in den Frauenhäusern und -beratungsstellen werden wir erhöhen und somit zumindest einen Teil der Personalkostensteigerungen im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste ausgleichen können.

Das sendet die eindeutige Botschaft: Wir als Landesregierung in Nordrhein-Westfalen und die sie tragende Koalition stehen hinter der Frauenhilfeeinfrastruktur in diesem Land – auch und gerade in herausfordernden Zeiten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Auch die Beratungsangebote für gewaltbetroffene Frauen wurden bereits in diesem Jahr ausgebaut. Geplant ist die Fortsetzung des Ausbaus.

Bereits erwähnt wurden auch die Projekte zur Prävention und Beratung bei weiblicher Genitalbeschneidung.

Ein Aspekt, der mir wichtig ist, weil er nicht zu kurz kommen darf, weil er dadurch mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit bekommt, ist, dass wir im Bereich Gewaltschutz an Männern das „Hilfetelefon Gewalt an Männern“ und fünf landesgeförderte Schutzwohnungen für von Gewalt betroffene Männer unterstützen.

Ein Punkt, der in dieser Debatte mehrfach angesprochen worden ist und mir ebenfalls sehr wichtig ist,

sind die Kompetenzzentren Frau und Beruf. Nach dem Auslaufen der EFRE-Förderung erhalten sie nun eine verlässliche weitere finanzielle Perspektive durch den deutlichen Mittelaufwuchs in Höhe von 4,5 Millionen Euro in der Titelgruppe 62.

Ich muss schon sagen, dass ich einigermaßen erstaunt davon bin, dass die FDP sehr deutlich macht, dass sie diese Struktur für eigentlich verzichtbar hält – und das angesichts des Fach- und Arbeitskräftemangels und der Notwendigkeit, die diese Strukturen über ihre jahrelange Arbeit und Verankerung deutlich gemacht haben, angesichts dessen, welche gute Arbeit sie leisten und welche guten Netzwerke und Kontakte insbesondere durch einen Schwerpunkt auf Frauen mit Zuwanderungsgeschichte geknüpft worden sind. Dort wird der Zugang, die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt gestärkt. Das ist aus meiner Sicht das richtige Signal.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir als Landesregierung stehen ausdrücklich für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein können und Vorurteile und Diskriminierung keinen Platz haben. Auch angesichts der letzten Einlassung in dieser Debatte will ich noch mal deutlich machen, warum wir eine Politik machen, die Minderheiten in den Blick und bestehende Diskriminierung ernst nimmt. Warum tun wir das hier in diesem Hohen Haus in großer Einträchtigkeit? Weil Minderheitenrechte in einer Demokratie essenziell sind und weil sie keine Abstriche zulassen.

Dementsprechend ist es wichtig, dass wir in diesem Bereich auch beim Themenfeld „LSBTIQ*“ für eine weitere verlässliche Finanzierung der Strukturen sorgen. Das zeigt auch der vorliegende Haushalt. In der Titelgruppe 75 beträgt der Haushaltsansatz für das Jahr 2024 3,2 Millionen Euro. Damit sichern wir die Strukturen ab und bauen die gute Arbeit weiter aus. Wir wollen damit auch neue Schwerpunkte setzen und die Maßnahmen weiter unterstützen, die wir bereits angefangen haben.

Mich freut im Übrigen, dass die FDP so stark hinter den CSDs, der CSD-Förderung und hinter dieser wichtigen Maßnahme der Landesregierung steht. Ich glaube, auch das ist ein gutes Signal der Gemeinsamkeit in Vielfalt für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Somit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 07 Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6807, den Einzelplan 07 unverändert anzunehmen.

Wir stimmen zunächst über die Änderungsanträge ab.

Erstens: **Drucksache 18/6940**, Antragsteller sind CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, Grünen, FDP und AfD. Wer lehnt den Antrag ab? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der SPD. Somit ist dieser **Änderungsantrag angenommen**.

Zweitens: **Drucksache 18/6941**, Antragsteller sind CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Wer stimmt dagegen? – Die AfD stimmt dagegen. Somit ist auch dieser **Änderungsantrag angenommen**.

Drittens: **Drucksache 18/6942**, Antragsteller sind CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die Fraktionen von Grünen, CDU und FDP. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Die AfD. Wer enthält sich? – Die SPD. Somit ist dieser **Änderungsantrag angenommen**.

Viertens: Änderungsantrag **Drucksache 18/7064**, Antragsteller ist die FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von FDP und SPD. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Das sind die Fraktionen von AfD, CDU und Grünen. Wer enthält sich? – Niemand. Somit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Fünftens. Wir kommen zu **Drucksache 18/7065**, Antragsteller ist die FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD und FDP. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Das sind die Fraktionen von Grünen, CDU und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Sechstens: **Drucksache 18/7066**, Antragsteller ist erneut die FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Die Fraktionen von CDU und Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Siebtens: **Drucksache 18/7067**, Antragsteller ist FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die Fraktionen von FDP und AfD. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Die Fraktionen von SPD, Grünen und CDU. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist auch dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 07 in der soeben geänderten Fassung und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt diesem Einzelplan zu? – Die Fraktionen von CDU und Grünen. Wer lehnt diesen Einzelplan ab? – Die Fraktionen von SPD, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist **Einzelplan 07 in der soeben geänderten Fassung in zweiter Lesung angenommen**.

Wir stimmen dann ab über den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/6817 ab. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung dieses Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP und AfD. Ist jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – Auch das ist nicht der Fall. Somit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Abschließend stimmen wir über den Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/6840 ab. Die antragstellende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags. Wer stimmt diesem zu? – Die Fraktion der FDP. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Das sind die Fraktionen von CDU, Grünen und AfD. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der SPD. Somit ist der **Antrag Drucksache 18/6840 abgelehnt**.

An dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterbrechen wir die Haushaltsberatungen und fahren mit Tagesordnungspunkt 2 fort. Danach werden wir die Haushaltsberatungen fortsetzen.

Ich rufe auf:

2 Fragestunde

Drucksache 18/7012

Ihnen liegen die Mündlichen Anfragen 32 und 33 aus der Fragestunde vom 25. Oktober 2023 sowie die Mündliche Anfrage 34 vor.

Ich weise darauf hin, dass gemäß § 94 Abs. 8 unserer Geschäftsordnung die Fragestellerin beziehungsweise der Fragesteller bis zu drei Zusatzfragen und jedes andere Mitglied des Landtags nach der Beantwortung der Mündlichen Anfrage bis zu zwei Zusatzfragen stellen kann. Diese müssen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Hauptfrage stehen und dürfen jeweils nur eine einzelne und nicht unterteilte Frage enthalten.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 32

der Abgeordneten Elisabeth Müller-Witt (SPD) von der SPD-Fraktion zum Thema „Wie ist der aktuelle Sachstand bei der CumEx-Abteilung der Staatsanwaltschaft Köln?“ auf.

Ich darf vorsorglich darauf hinweisen, dass die Landesregierung in eigener Zuständigkeit entscheidet, welches Mitglied der Landesregierung eine Mündliche Anfrage im Plenum beantwortet. Die Landesregierung hat angekündigt, dass Minister Dr. Limbach antworten wird.